

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement: 12 Hefen... monatlich 1.10 Mk. ... Einzelhefte 5 Pf. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr... Preßgesetz... 5 Pfennig... Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Donnerstag, den 1. April 1915. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Erfolgreicher deutscher Vorstoß bei Augustowo.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Fortdauer der blutigen Karpathenkämpfe. Wien, 31. März. (W. T. V.) Die Kriegsberichterstattung der Blätter melden, daß in den Karpathen das heftige Ringen unter furchtbaren Verlusten der Russen andauere; namentlich zwischen der Dukaferne und dem Ufzoker Paß seien die Kämpfe von bisher noch nicht erreichter Heftigkeit.

Russische Gendarmerieoffiziere als deutsche Spione.

Stockholm, 31. März. (W. T. V.) Die Mitteilung, daß mehrere höhere Gendarmerieoffiziere in Petersburg als Spione in deutschen Diensten entdeckt worden seien, wird amtlich bestätigt. Die Anzahl der verhafteten Personen steht nicht fest. Unter ihnen befindet sich ein sehr bekannter hochstehender Offizier. Die Affäre erregt das peinlichste Aufsehen in russischen militärischen Kreisen.

Sven Hedin über die Russengreuel.

Der nordische Forscher Sven Hedin schildert die Zustände in Memel, die er mit eigenen Augen wahrgenommen hat, wie folgt: Ich kam zu Memel am... einen Tag später, als die Russen von dort betrieben worden waren. Die Leichen der getöteten friedlichen Bürger lagen noch an denselben Plätzen, wo sie hingeworfen wurden.

Ein zerstörtes Land.

Auf den Vorschlag des amerikanischen Botschafters in Petersburg, der vor einiger Zeit Warschau besuchte, hat das zentrale Bürgerkomitee in Polen auf Grund des von ihm gesammelten statistischen Materials einen Bericht ausgearbeitet, der ein erschütterndes Bild der Zerstörung Polens entrollt. Von der gesamten Fläche Russisch-Polens, die sich auf 112 000 Quadratkilometer beläuft, sind 84 000 Quadratkilometer oder mehr als drei Viertel des Landes von der feindlichen Okkupation und den Kriegshandlungen betroffen worden.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 31. März 1915. (W. T. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Westlich von Pont-a-Mousson griffen die Franzosen bei und östlich von Regnieville sowie im Priesterwalde an, wurden aber unter schweren Verlusten zurückgeschlagen; nur an einer Stelle westlich des Priesterwaldes wird noch gekämpft.

Feindliche Flieger bewarfen gestern die belgischen Orte Brügge, Ghisteltes und Courtrai mit Bomben, ohne militärischen Schaden anzurichten. In Courtrai wurde durch eine Bombe in der Nähe eines Lazarett ein Belgier getötet, einer verletzt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Das russische Grenzgebiet nördlich der Memel ist gesäubert, der bei Tauroggen geschlagene Feind ist in Richtung Skawdwille zurückgegangen.

Die in den letzten Tagen nördlich des Augustowoer Waldes erneut gegen unsere Stellungen vorgegangenen russischen Kräfte sind durch unseren kurzen Vorstoß wieder in das Wald- und Seengelände bei Sejny zurückgeworfen. Die Zahl der russischen Gefangenen aus diesen Kämpfen bei Krasnopol und nordöstlich ist um 500 gestiegen.

Bei Klimki an der Szwawa wurden weitere 220 Russen gefangen genommen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 31. März. (W. T. V.) Amlich wird verlautbart: 31. März 1915, mittags:

An der Front in den Ostbestiden ist der Tag ruhiger verlaufen.

In den östlich anschließenden Abschnitten dauern die Kämpfe fort. Auf den Höhen nördlich Cisma und nordöstlich Kalnica wurden abermals mehrere russische Sturmangriffe, die der Feind noch nachts wiederholte, abge schlagen. Auch nördlich des Ufzoker Passes scheiterten Nachtangriffe des Feindes unter schweren Verlusten. Weitere 1900 Mann Gefangene wurden eingebracht.

An allen übrigen Fronten hat sich nichts Wesentliches ereignet. Es fanden nur Artilleriekämpfe statt.

Seit dem 1. März wurden in Summe: 183 Offiziere, 39 942 Mann des Feindes gefangen, 68 Maschinengewehre erobert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Sir John French über die Kriegführung.

Sir John French äußerte einem amerikanischen Berichterstattung gegenüber noch folgendes: Ich glaube nicht, daß der Schlieffen-Plan ein Wunder in den von den Soldaten zu verlangenden Eigenschaften veranschlagt hat. Die menschliche Natur bleibt wie sie ist und der Soldat ist immer noch ein Mann, der Schläge aushält und erhält, welche Waffe auch gebraucht werden möge.

Bismarck.

Die Zeitereignisse haben es gefügt, daß der hundertste Geburtstag Otto von Bismarcks mit besonderer Betonung gefeiert wird. Der „Heros des neunzehnten Jahrhunderts“ wird auch in dieser schweren Zeit als der Schwelmer Deutschlands beschworen, sein Name ist das Programm des leidenschaftlichsten Nationalismus.

Die deutsche Sozialdemokratie hat aus den triftigsten Gründen allzulange in bitterstem Kampfe mit dem ersten Kanzler des Deutschen Reiches gelegen, um mit einem Male in die Jubelstürmen auf ihn eintreten zu können. Dennoch braucht sie an dem Gedenktage nicht achtlos vorüberzugehen, bietet doch gerade die Gestalt und das Wirken des „eisernen Kanzlers“ genug der Beziehungen und Lehrenreichen Parallelen zu den Problemen und Aufgaben dieser schicksalsreichen Zeit.

Bismarck war, wenigstens im dritten Viertel des vorigen Jahrhunderts, untreutig der erfolgreichste Politiker seines Zeitalters. Seine Größe wuchs im In- und Ausland ins Mythische, und es gab keine Erwähnung seiner Verlen, die nicht zugleich die bekanntesten Attribute seiner Allseitigkeit enthalten hätte. War ein halbes Jahrhundert lang der Name Goethe der Inbegriff des Genies gemeint, so wurde in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts Bismarck zur Verkörperung der Genialität, der staatsmännischen nicht nur, sondern des deutschen Genies schlechthin. Es lag und liegt darum für Sozialisten nahe, sich gerade im Falle Bismarck mit dem Heroenkult auseinanderzusetzen.

Die materialistische Geschichtsauffassung befreit nicht die Existenz des großen Menschen, der überragenden Persönlichkeit, kurz des Genies, sondern nur die von der ideologischen Geschichtsdarstellung behauptete willkürlich-individuelle Beeinflussung der Geschichte durch diese bedeutenden Männer. Sie unternimmt vielmehr den Nachweis, daß die Einwirkung auf den Gang der historischen Ereignisse nur insoweit möglich ist, als die wirtschaftlichen, die gesellschaftlichen Verhältnisse die Absichten des Staatsmannes und Politikers begünstigen. Der Erfolg ist darum natürlich durchaus kein Beweis gegen die Begabung eines Staatsmannes — so wenig wie umgekehrt der Mißerfolg. Denn wenn der Erfolg auch für die kluge Abschätzung und Benützung der gegebenen Verhältnisse zeugt, so kann der Erfolg von heute doch der Mißerfolg von morgen sein und umgekehrt das Scheitern an den realen Widerständen des Augenblicks nur der Beweis des genialprophetischen Weitblicks eines Politikers sein, dessen Pläne erst die Zukunft verwirklicht, dessen energieliches Fortwärtstreiben aber diese Zukunft hat bereiten helfen.

Gerade in diesen Tagen, wo so manchem alle theoretischen und historischen Maßstäbe abhanden gekommen sind, sind solche Vergewaltigungen am Platze. Denn wäre nur der momentane Tageserfolg ausschlaggebend für die Wertung politischer Erscheinungen, so verdienten die Schulse Delitzsch und Eugen Richter weitans den Kranz vor den Raffale und Marx. Waren sie doch mächtigere Realpolitiker, die die harten Tatsachen des Kapitalismus nahmen, wie sie lagen, während die beiden Sozialisten sich über den Verlauf der Dinge scheinbar gründlich irrten. . . .

Bismarck gehörte nicht zu den Geistern, die ihrer Zeit titanenhaft voranstürmen. Er hat weder je Menschheitsbeglückungsideen gehabt, noch auch nur abenteuerlichen politischen Projekten nachgegeben, wie ein Napoleon I. Seine Politik ist von Anfang bis zu Ende die des preussischen Feudalen geblieben, nur daß er klüger war, als die Mehrzahl seiner Standesgenossen, und seine Klugheit sich mit jener Willenskraft paarte, ohne die jedes politische Wirken von vornherein ausgeschlossen ist.

Seine Jugend verlebte der Junker von Sniephof als Student der Rechtswissenschaft in fruchtbarstem Faulbodenleben und junkerlich-genialischer Ungebundenheit. Die Höräle schwänzte er mit Beharrlichkeit, dagegen brachte er es in den drei Göttinger Semestern auf 27 Punkte. Auch als Referendar führte er ein lockeres Leben, und selbst als er vom Jahre 1839 an das väterliche Gut Sniephof bewirtschaftete,

Konnten noch die Bauern der Umgegend sagen, daß Kniephof Kniephof geworden sei. Daneben bewies die robuste Kraftnatur auch mancherlei geistige Interessen, wie er denn überhaupt in jener Zeit nicht frei war von byronischer Zerrissenheit.

Diese Sturm- und Drangperiode mit ihren Anwandlungen nichtstandesgemäßer Freigeisterei verlor sich vollends mit der politischen Tätigkeit. Als Bismarck im Jahre 1847 als Mitglied eines Provinziallandtages in den Vereinigten Landtag in Berlin kam, gerierte er sich, wie er es später selbst einmal nannte, als „scheußlicher Junker“, der mit aller Rücksichtslosigkeit das Königtum von Gottes Gnaden verfocht und die konstitutionellen Bestrebungen bekämpfte. Im Revolutionsjahr war er einer der hitzigsten reaktionären Draufgänger. Im Jahre 1849 leistete er sich in einer Parlamentsrede den Ausspruch, „daß der Patriotismus bei Individuen in demselben Grade abzunehmen pflegt, in dem der Liberalismus wächst“, während er den Adligen rühmend nachsagte, daß sie „in Preußen, Gott sei Dank, bisher nicht gelernt“ hätten, „den Dienst des Fürsten von dem Dienste des Vaterlandes zu scheiden, und so Gott will, werden wir es nie lernen“. Im nächsten Jahre schloß er eine Philippika wider die Zivilehe mit der Hoffnung, „daß das Karrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert, denn noch steht der Glaube an das geoffenbarte Wort Gottes im Volke fester, als der Glaube an die seligmachende Kraft eines Artikels der Verfassung“.

So sah der Mann aus, den der König von Preußen 1851 zum Legationssekretär ernannte und der dann nach einem Jahrzehnt diplomatischen Dienstes zum preussischen Ministerpräsidenten aufstieg.

Jünger der Genialität hatte er bis dahin nicht verraten. Hätte der Zufall damals seine politische Karriere abgeschlossen, so würde sein Charakterbild in der Geschichte — sofern sie sich seiner überhaupt erinnert hätte — dastehen als eines temperamentvollen Landadelmanns. Daß er im folgenden Jahrzehnt seinen Namen unflügbar in die Annalen der Geschichte einzugrahen vermochte, verdankte er — neben den Zeitumständen — vor allem seiner Tatkraft.

Das Streben nach einer Einigung Deutschlands war durch die Niederwerfung der Revolution nicht erstickt worden, weil es eine wirtschaftliche Notwendigkeit war. Die Schaffung des Zollvereins, wie die ganzen handelspolitischen Zusammenfassungsveruche bewiesen das ökonomische Muß ebenso eindrucklich, wie die politischen Zentralisierungstendenzen, die z. B. der von Bennigsen gegründete Nationalverein vertrat, das wirtschaftliche Bedürfnis der deutschen Einheit widerspiegelten.

Es drehte sich nur um das Wie dieser nationalen Einigung. Die Revolution hätte sie auf konstitutionell-liberaler Basis, durch den freiwilligen Zusammenschluß der Volksstämme, herbeizuführen versucht, und auch der Nationalverein wollte zwar die Einheit unter preussischer Suprematie, allein zugleich unter Wahrung eines, wenn auch abgeblähten, Liberalismus.

Bismarck, der preussische Junker, erstrebte gleichfalls die Einigung. Aber nicht auf demokratischer Grundlage, sondern mit den Mitteln einer starken Staatsgewalt, die sich vor allem auf das Heer stützte.

Die Fortschrittspartei verlangte in ihrem Programm vom 9. Juni 1861 auch ein Deutschland mit preussischer Spitze und deutschem Parlament, also ebenfalls die Ablösung des österreichischen Staatenbundes. Aber sie forderte zugleich in diesem Programm „größte Sparsamkeit für den Militäretat“. Und als Koon an die Heeresreorganisation herang, da kam es gar zu dem Konflikt zwischen der liberalen Abgeordnetenmehrheit und der Regierung, den Bismarck mit aller Rücksichtslosigkeit gegen das Parlament durchfocht. Die fortschrittliche Opposition gegen die Heeresausgaben war keineswegs so widersinnig, wie sie erscheint; denn erstens gedachte sie ja gar nicht das einige Deutschland durch Blut und Eisen zusammenzuschweißen und zweitens galt ihr Kampf gegen die Koonische Heeresreform der Entdemokratisierung der Armee, die durch die Umgestaltung der Landwehr und Verlängerung der Dienstzeit von 2 auf 3 Jahre geplant war. Der Liberalismus wünschte „ein Volksherr hinter dem Parlament“, nicht ein militaristisches Instrument für Monarchie und Feudalismus. Aber während das liberale Bürgertum nur cedete und im Dreiklassenparlament einen wirkungslosen Scheinkrieg führte, handelte Bismarck. Die Heeresreorganisation wurde trotz aller Budgetverweigerungen des Abgeordnetenhauses durchgeführt. Und schneidig wurden dann mit diesem Heere die entscheidenden Schlagen geführt: 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Oesterreich, 1870/71 gegen Frankreich.

Die Einigung Deutschlands wurde von Bismarck auf den Schlachtfeldern vollzogen. Die mit Preußen rivalisierende Vormacht Oesterreich wurde aus dem deutschen Staatenverbände herausgedrängt und der Rest der deutschen Staaten zum Deutschen Reiche zusammengefaßt, in dem Preußen um so mehr die führende Rolle spielte, als es sich nach 1866 durch Einverleibung mehrerer Bundesstaaten gestärkt hatte.

So hatte die deutsche Einheit unter dem Kanonendonner gestiegen, aber der deutsche Liberalismus war dabei für immer unter die Räder gekommen. Schrieb doch noch 1867 Bismarck seinem Freunde Bennigsen:

„Daß Preußen, welches unter diesem Junkerregiment gestiegen, nach dem Siege von selbst eine liberale Regierung erhalten sollte, ist mir innerlich höchst unwahrscheinlich, und wir werden, wenn auch die Einheit erreicht wird, aber mit jenem bitteren Zusätze (des preussischen Junkerregiments), der der Masse des Volks sofort fühlbar wird, während sie die Segnungen der Einheit nicht so bald fühlt, einen schweren Stand haben. Indessen das schadet nichts, bekommen wir nur die bundesstaatliche Einheit von ganz Deutschland, so ist das schwerste überwunden, die Freiheit muß dann eben verdient und erarbeitet werden.“

Die deutsche Freiheit mußte „verdient und erarbeitet“ werden. Aber der Liberalismus vergaß nur zu bald sein

politisches Ziel. Bismarck war der Bourgeoisie nicht nur an Energie über, sondern er kannte auch ihre Psyche besser als sie selbst. Aus der französischen Geschichte, von Guizot, von Napoleon III. hatte er ja schon gelernt, daß der bürgerliche Ruf nach Freiheit nur zu rasch verhallt, wenn nur die materiellen Bedürfnisse der Bourgeoisie befriedigt werden.

Die deutsche Einheit schuf die Vorbedingungen für das wirtschaftliche Gedeihen des Bürgertums und seitdem sind die freiheitsbegeisterten Sturmgelassen von ehedem die bescheidensten „Realpolitiker“ geworden, die sich mit Monarchie, Militarismus und Feudalismus vortrefflich abzufinden gewußt haben.

Aber dieser Verzicht auf die Durchführung seiner historischen Mission raubte dem Liberalismus auch das Vertrauen der Volksmassen und schuf ihm einen rücksichtslosen Widersacher in der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Personen können ihrer Sache abtrünnig werden. Parteien können abdanken; aber der Kampf um den politischen und sozialen Fortschritt hört darum nicht auf, er geht nur auf einen würdigeren, zuverlässigeren Träger über.

Es ist neuerdings auch von dem „Revolutionär“ Bismarck die Rede gewesen, dem Revolutionär „wider Willen“.

Ist Bismarck nicht „Revolutionär“ gewesen, als er das allgemeine gleiche Wahlrecht für den Norddeutschen Bund und später das Reich einführte? Nun, Bismarck selbst hat davon wenigstens keine Ahnung gehabt. Wie sich aus seiner Rede vom 28. März 1867 ergibt, hat er das gleiche Wahlrecht keineswegs aus irgendwelcher demokratischen Passion empfohlen, sondern weil er „kein besseres“ zur Hand hatte. Das Dreiklassenwahlrecht empfand er damals — bei den liberalen Erfolgen unter diesem System — als „widerständig“ und „elend“. Bismarck gebrauchte einfach das gleiche Wahlrecht als Stütze für das neue Staatsgebilde. Es sollte ihm auch dazu dienen, je nach Bedarf die nichtbestehende Klasse gegen die Bourgeoisie auszuspielen und den Liberalismus zahn machen zu können. Das ist ihm ja auch glänzend gelungen.

Daß übrigens das gleiche Wahlrecht an sich ein revolutionäres Element darstelle, hat die Geschichte bis jetzt noch nicht bewiesen. Eine Partei kann eine starke Vertretung im Parlament besitzen und deshalb doch ohnmächtig sein.

Mit mehr Recht hat man Bismarck gepriesen, weil er bei Friedensschlüssen die Mäßigung des Realpolitikers bewiesen habe.

Erzählt doch Bismarck selbst in seinen „Gedanken und Erinnerungen“, wie er 1866 die größte Energie habe aufbringen müssen, um den König und einen Teil seiner Ratgeber vom Verfolgen verhängnisvoller Kriegsziele abzuhalten. Habe doch der König nicht nur Oesterreich-Schlesien und einen böhmischen Grenzstrich sowie Westfalen annektieren, sondern auch Ansbach und Bayreuth wieder an sein Haus bringen wollen. Bismarck hat sich diesen Projekten mit äußerster Tatkraft widersetzt, obwohl er den militärischen Ratgebern gegenüber mit seiner Ansicht allein blieb. „Meine Nerven widerstanden den mich Tag und Nacht angreifenden Eindrücken nicht, ich stand schweigend auf, ging in mein anstehendes Schlafzimmer und wurde dort von einem heftigen Weinkrampf befallen. Während desselben hörte ich, wie im Nebenzimmer der Kriegsrat aufbrach. Ich machte mich nun an die Arbeit, die Gründe zu Papier zu bringen, die meines Erachtens für den Friedensschluß sprachen, und hat den König, wenn er diesen meinen verantwortlichen Rat nicht annehmen wollte, mich meiner Aemter als Minister bei Weiterführung des Krieges zu entheben.“

Gewiß: Bismarcks Stellungnahme wurde durch Frankreichs drohende Stellung und durch die Cholera im preussischen Heere wesentlich mitbestimmt, allein es waren auch Gründe unbefreitbarer Staatsklugheit, die er damals dem König entwickelte.

Wäre es nach der Stimmung des Königs und den Ratschlägen der Militärs gegangen, so hätte das Jahr 1866 vielleicht noch eine andere Wendung nehmen können. . . .

In einer Beziehung werden auch die Nachfahren Bennigsens (der ja nach den Erfolgen Bismarcks so gründlich umzulernen verstand, daß dieser ihm 1878 einen Ministerposten antragen konnte) die Begrenztheit des Bismarckschen Gentes eingestehen: für die sogenannten Notwendigkeiten eines ausschweifenden Imperialismus hatte er kein Verständnis. Er hielt nach den europäischen Erfolgen Deutschland für „saturiert“. Das Deutsche Reich erschien ihm politisch ein so imposanter Bau und militärisch eine so achtungsgebietende Macht zu sein, daß es bei einer vollständigen Bündnispolitik jeder denkbaren Konstellation gewachsen sei. Daß irgend jemand auf den Gedanken kommen könne, Deutschland durch Erdrosselung seines Handels wirtschaftlich zu ruinieren, war Bismarck eine absurde Phantasie. Und blühten denn nicht auch Deutschlands Handel und Industrie mächtig empor?

Mag dieser Bismarck manchen „von den Neusten“ altnodisch erscheinen — wir erblicken gerade darin einen Zug wirklich realpolitischer Geschichtsauffassung. . . .

Der französische Tagesbericht.

Paris, 31. März. (W. Z. B.) (Amtlicher Bericht von gestern abend.) Während der Nacht zum 30. beschloß der Feind die Brücken bei Neuport weiter erfolglos. Am 30. März setzte die Kanonade auf der ganzen Front zwischen dem Meer und der Aisne aus. In der Champagne fanden im Gebiet von Verthes, Beau Séjour und Ville-sur-Tourbe Artillerie- und Minenkämpfe statt, wobei wir die Oberhand gewannen. In den Argonnen dauert der Kampf an einigen Stellen der Front mit Zähigkeit und Hestigkeit fort, jedoch ohne bemerkenswertes Ergebnis. Gestern fielen in

das Fort Douaumont nördlich von Verdun einige 21-Zentimeter-Granaten. Unsere Artillerie brachte die deutschen Geschütze sofort zum Schweigen; das Fort hat keinen Schaden genommen. Im westlichen Teile des Priester-Waldes nahmen wir eine Reihe von Schützengraben und machten etwa 100 Gefangene, darunter einen Offizier und drei Unteroffiziere. Trotz heftigen Gegenangriffs behaupteten wir den größten Teil der eroberten Gräben. Westlich von Pont-à-Mousson nahmen wir auf der Straße vom Gasthause Saint Pierre nach Regnieville in der Nacht zum 30. März eine deutsche Stellung und wiesen drei Gegenangriffe ab. Auf dem Kampfplatz auf dem Hartmannsweilerkopf sind 700 tote Deutsche gezählt worden.

Der kritische Moment.

Rout „Manchester Guardian“ vom 28. 3. sagte Disaire Velloe in einem Vortrage in Manchester, daß das späte Frühjahr oder der Frühommer kritisch wird. Dann hat England sein Aeußeres zumeist im Feld, Rußland seine Häfen frei, und vielleicht sind dann die Dardanellen offen. Zugleich haben Deutschland und Oesterreich die letzten ungedienten Leute ins Feld geschickt.

Im Osten wollen die Deutschen Warschau nehmen, im Westen den Gegner aufhalten. Zufällig sind sie auch seit Mitte Oktober keinen Schritt zurückgedrängt worden. Was wir an Boden gewonnen, besagt nichts gegenüber den Verlusten.

Zweierlei kann eintreten: die deutsche Linie zerbricht oder sie muß verläßt werden. Aber wenn die Deutschen Warschau nehmen und große Verstärkungen nach Westen bringen, gewinnen sie den Feldzug. Przemysl ist sekundär, und die Karpathen sind gleichgültig, wenn Warschau fällt. Die Forcierung der Dardanellen ist keineswegs ungewisshast.

Die englische Verlustliste.

London, 31. März. (W. Z. B.) Die neueste englische Verlustliste gibt die Namen von 16 Offizieren und 793 Mann an. Die Offiziersliste reicht bis zum 22. März, die Mannschaftsliste bis zum 9. März. An Offizieren sind getötet 8, verwundet 6 und 2 Fliegeroffiziere werden vermisst. Unter den Mannschaftsverlusten werden 132 Mann als tot, 298 als verwundet, 208 als Kriegsgefangene aufgeführt, 8 Mann werden als vermisst angegeben. Die schwersten Verluste hat die Schützenbrigade erlitten, die 14 Tote und 29 Verwundete zu verzeichnen hat. Die Northumberland-Regimenter haben 11 Tote und 33 Verwundete, das Worcester-Regiment hat 28 Verwundete, das Worcester-Regiment 28 Verwundete. Von den Kriegsgefangenen entfällt ein großer Teil, 112 Mann, auf das Norfolk leichte Infanterie-Regiment. Aus Ägypten werden Verluste des australischen Kontingents gemeldet. Die Liste enthält ferner Verluste in Ostafrika, am Persischen Golf, in Kamerun und auch noch von Fington. Die Gesamtverluste an Offizieren seit den Ereignissen von Neuve Chapelle betragen nach den offiziellen Angaben bisher 822, davon sind 308 tot, 496 verwundet, 22 werden vermisst und 28, über die keine näheren Nachrichten vorliegen, dürften in deutscher Gefangenschaft sein.

Der türkische Krieg.

Vertagung der Dardanellen-Aktion?

Wien, 31. März. (W. Z. B.) Der Athener Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ telegraphiert: Aus Lemnos wird gemeldet, daß im Kriegsrat der Alliierten, an welchem die Admirale und General d'Amade teilnahmen, beschlossen worden sei, die Forcierung der Meerengen aufzuschieben, da die bis jetzt vor den Dardanellen versammelte Armee nicht mehr als 30000 Mann zähle und die Operationen daher aussichtslos seien. Zu diesem Entschluß habe auch die Tatsache beigetragen, daß die Inseln vor den Dardanellen für die Zusammenziehung so starker Truppenmassen wegen Mangel an Wasser, Nahrung und Wohnplätzen nicht geeignet seien und die Mannschaften auf den Transportschiffen viel zu leiden hätten, so daß die Gefahr von Epidemien drohte. Daher sei beschlossen worden, den größten Teil der Truppen nach Ägypten zurückzuführen und nur einen kleinen Teil vor den Dardanellen zu lassen. Drei Dampfer seien bereits nach Alexandrien abgegangen, auf ihnen auch General d'Amade und sein Stab.

Konstantinopel, 30. März. (W. Z. B.) Nach zehntägiger fast völliger Ruhe hat die feindliche Flotte neuerdings die Beschließung der Dardanellen bei den äußersten Dardanellenforts wieder aufgenommen, deren Besetzung durch das englische Landungskorps am 4. März mißlungen war. Sonst entwickelte das Geschwader der Alliierten, abgesehen von täglichen Erkundungsflügen der feindlichen Flieger, keine Tätigkeit. Es war offenbar Verstärkungen ab.

Die türkische Hauptquartiers-Meldung.

Konstantinopel, 31. März. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Gestern beschloß die russische Flotte Zongulbak, Eregli und Koslu an der Küste des Schwarzen Meeres. Nachdem sie über zweitausend Granaten verschossen hatte, entfernte sie sich in nördlicher Richtung, ohne irgendwelchen bedeutenden Schaden angerichtet zu haben, nur einige Häuser wurden beschädigt. Die von der Flotte während der Beschließung aufgestiegenen Flugzeuge wurden durch unser Feuer vertrieben.

Vor den Dardanellen und auf den anderen Kriegsschauplätzen keine Veränderung.

Russisches Bombardement von Eregli.

Konstantinopel, 31. März. (W. Z. B.) Bei den Dardanellen keine Veränderung der Lage. Die russische Flotte hat nach ihrem theatralischen Auftreten vor dem Bosporus gestern wieder einmal einen Angriff auf das Kohlengebiet von Eregli unternommen. Rund zweitausend Schuß wurden abgegeben, die neun Segelbarken zum Sinken brachten und vier Häuser beschädigt. Sonst wurde nichts erreicht, keine Verluste an Menschleben und keine Beeinträchtigung der Kohlenförderung. Ein verächtlicher Fliegerangriff wurde durch die Panzerbatterien sofort abgewehrt. Die russischen Streitkräfte zogen sich mittags zurück.

Der Seekrieg.

Zusammenstoß zweier englischer Kriegsschiffe.

London, 31. März. (W. Z. B.) Eine am 29. März in Chatham abgehaltene gerichtliche Totenschau ergab, daß ein Torpedobootszerstörer am 24. März den kleinen Kreuzer „Undaunted“ gerammt hat; der Bug des Zerstörers drang tief in den Kreuzer ein und tötete zwei Mann von dessen Besatzung. Die Ursache des Zusammenstoßes war Nebel.

Die Menschenverluste des Dampfers „Fallaba“.

Rotterdam, 31. März. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Nach den letzten Angaben sind 56 Passagiere und 55 Mann der Besatzung der „Fallaba“ umgekommen.

London, 30. März. (B. Z. V.) Die „Times“ die auf Grund der Reuterluge annehmen, daß das deutsche Unterseeboot, welches den Dampfer „Fallaba“ torpedierte, im Kreise um die Ertrinkenden herumgefahren sei, schreibt: Das ist eine Lektion darüber, daß wir uns mit einem Volke im Kreise befinden, welches kein Mittel scheut, um sein Ziel zu erreichen. Es ist keine neue Lektion, wurde aber bisher nicht genug beachtet. — „Daily Chronicle“ sagt: Diese Dinge sind nicht allein grausam, sie stehen auch im Widerspruch mit den Ueberlieferungen der sechshundertjährigen Völker. Es besteht auch die Vermutung, daß das Unterseeboot, welches die „Fallaba“ torpedierte, seine Nummer übermalt hatte. — Ueber die Anzahl der Minuten, die dem Schiffe gelassen wurden, herrscht Meinungsverschiedenheit. Es sollen aber nicht mehr als zehn Minuten gewesen sein.

Der Krieg und die Kolonien. Schwierigkeiten der englischen Kriegsführung in Südwestafrika.

London, 31. März. (B. Z. V.) „Times“ veröffentlicht den Brief eines Freiwilligen in Deutsch-Südwestafrika, der den Einzug in Swakopmund mitgemacht hat und darüber schreibt: Die Deutschen zogen sich landeinwärts zurück und überließen uns die Stadt unbesetzt, unbewohnt, aber unterminiert. Zwei Mann von der Vorhut wurden beim Einmarsch von einer Mine in Stücke gerissen. Die Sappeure entdeckten alle anderen Minen und entfernten sie. Als wir den Platz besetzten, war keine Seele darin; die Stadt war ganz verlassen. Die Deutschen gebrauchten, um Verwundete zu bergen, gern die weiße Fahne, mißbrauchten sie jedoch nie, im Gegenteil, sie brachten unter der weißen Fahne mehrmals englische Verwundete ein. Sie sollen die Gefangenen gut behandeln. Die Leute zu Hause machen sich wohl keine rechte Vorstellung davon, was für eine Aufgabe die Eroberung von Deutsch-Südwestafrika ist. Es ist ein riesiges Land, die deutschen Streitkräfte sind ziemlich zahlreich und gut verteilt, in Stellungen, die sie seit Jahren vorbereitet haben. Sie verfügen über ein schönes strategisches Bahnsystem und reichliche Munition.

Der schweizerische Bundesrat lehnt eine Friedensintervention ab.

Bern, 31. März. (B. Z. V.) Meldung der schweizerischen Depeschagentur: Der Bundesrat hat eine Eingabe des Schweizer Friedensvereins um Einberufung einer Konferenz von Vertretern der neutralen Staaten im Sinne der Vermittlung zwischen den kriegführenden Staaten abgelehnt. Für diese Haltung des Bundesrates war die Meinung bestimmend, daß sowohl der Zeitpunkt, als der vorgeschlagene Weg für eine solche Aktion unrichtig gewählt seien.

Eine Friedensinterpellation der serbischen Sozialdemokratie.

Im Zusammenhang mit dem in Sofia stattgehabten Protestmeeting der Balkansozialisten brachte die sozialdemokratische Fraktion der serbischen Stupschina (Parlament) am 12. März eine Interpellation ein, die in zwei Fragen gipfelt. Die erste dieser Fragen lautet: Ist die Regierung bereit, bei den Regierungen der kriegführenden Staaten Schritte zu unternehmen, damit der Krieg unverzüglich eingestellt und ein Frieden abgeschlossen wird? Die zweite Frage betrifft die Schaffung normaler Verhältnisse für die weitere Entwicklung der Balkanvölker. Nach entsprechender Begründung wendet sich die Interpellation an die Regierung mit der folgenden Frage: Ist die Regierung bereit, in sofortige Verhandlungen mit den anderen Balkanstaaten einzutreten mit dem Ziele, einen wirtschaftlichen und politischen Bund zu begründen, wodurch der völlige Zusammenschluß der Nationen und die nationale Freiheit, die vollkommene Gleichberechtigung aller Balkanbewohner sowie die Verbindung aller Balkanstaaten zur Sicherung ihrer Selbstständigkeit, Freiheit und der allseitigen intensivsten Entwicklung des Balkans gesichert werden müssen? Die ablehnende Antwort der serbischen Regierung haben wir bereits mitgeteilt.

Eine Kundgebung der griechischen Sozialdemokratie.

Das Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Partei Griechenlands erläßt einen Aufruf gegen den Krieg und für die strikte Einhaltung der Neutralität. Der Aufruf konstatiert, daß die Erwartungen der kleinen Nationen, sie könnten bei einer Beteiligung am Kriege profitieren, trügerisch seien. Sie würden aus dem Kriege nicht nur geschwächt, sondern in größerer politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von den betreffenden Großmächten herauskommen. Griechenland habe keine Hoffnung auf Gebietserwerb auf dem Balkan. Die zwei Balkankriege haben das Land gänzlich erschöpft. Daher protestiert die griechische Sozialdemokratie gegen den Krieg und die unaufhörlichen Vorbereitungen. Die Rettung der Balkanländer, hebt der Aufruf hervor, liegt in deren Bund und in Schaffung einer Föderation der Balkanländer. Zum Schluß betont der Aufruf, daß ein dritter Krieg das Elend des Volkes bis zur höchsten Grenze treiben und dem Lande den Verlust der Unabhängigkeit und Freiheit bringen wird.

Frauen in der englischen Kriegsindustrie.

Nach der „Westminster-Gazette“ boten sich auf Grund des kürzlichen Aufrufs bislang 22 000 Frauen für den Frauenkriegsdienst an. Voraussig sollen 10 000 hiervon infolge Arbeitermangels in englischen Geschöftsfabriken angestellt werden.

Weitere Lohnerhöhungen.

London, 31. März. (B. Z. V.) Die Schwierigkeiten mit den Londoner Dockarbeitern wurden dadurch beigelegt, daß sich die Schiffbesitzer entschlossen, den Arbeitern eine weitere Aufbeisserung von drei Pence den Tag zu gewähren.

Französische Vorschläge für die befreundeten Länder.

Paris, 30. März. (B. Z. V.) Der Senat hat debattelos den bereits von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf betreffend

Vorschläge an die befreundeten respektive verbündeten Länder Serbien, Belgien, Montenegro und Griechenland angenommen. Die Höhe der Vorschläge beträgt 1350 Millionen.

Die Pressezensur in der Schweiz.

Der Polizeivorstand der Stadt Zürich hat infolge des bundesrätlichen Erlasses vom 27. März d. J. den Straßenverkauf von Zeitungen aus den kriegführenden Staaten vom 1. April 1915 ab verboten. Der Verkauf solcher Zeitungen bleibt auf die Abgabe in geschlossenen Räumen beschränkt. Sie dürfen nicht ausgerufen werden und auch die Vorschriften über den Vertrieb von Karikaturen und Postkarten wurden verschärft. Die einheimischen Zeitungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Parteiergreifung für die kriegführenden unter fortgesetzter Anfeindung der anderen Partei die Unterdrückung des Straßenverkaufs nach sich ziehen würde.

Die Gärung in Indien.

Bern, 31. März. (B. Z. V.) Der „Bund“ entnimmt zur Lage Indiens einem Privatbrief vom 27. Februar folgendes: Auf die Zeitungen ist man hier sehr gespannt, da die hiesigen Blätter nie die Wahrheit bringen, die Kunst des Verschweigens und Verschönerns verstehen sie ausgezeichnet. Die vorliegende Zeitungsendung wurde nicht durchgelassen. Die Hälfte der indischen Truppen Singapores meuterte. Die europäischen Offiziere wurden erschossen. Die Meuterer drangen in die Häuser ein. Ein regelrechter Straßenkampf entstand. Der Aufstand war sehr schlimm und dauerte die ganze Woche. Die Meuterer hatten sich in Besitz einiger Forts gesetzt. Im ganzen wurden, wie bisher sicher festgestellt wurde, zweihundert Europäer getötet. Reiche einflussreiche Kraber haben diesen Aufruhr zustande gebracht. Die meuternden Truppen waren Mohammedaner. Die Engländer werden nun keine indischen Truppen nach Europa senden. Im Gegenteil werden europäische Soldaten nach Osten geschickt werden müssen. In Vorderindien scheint die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung auch zuzunehmen. Die indischen Truppen wollen nicht mehr als Kanonensfutter nach Europa geschickt werden.

China lehnt die japanischen Forderungen ab.

London, 31. März. (B. Z. V.) Der „Daily Telegraph“ meldet aus Peking, daß sich das entscheidende Moment in den chinesisch-japanischen Unterhandlungen nähert. China lehnte sämtliche Forderungen ab, die die vitalen Interessen des Landes als souveräner Staat bedrohen. In die Forderung, daß der japanische Buddhismus in China gepredigt werden könnte, würde China vielleicht einwilligen. Japan scheint zur Mäßigung nicht geneigt; es beantwortete die amerikanische Note ausweichend und gab China ungenügende Erklärungen über die neuen Truppentransporte nach Schantung. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ erwartet im April weitere Verwickelungen.

London, 31. März. (B. Z. V.) Die „Times“ melden aus Peking vom 28. März: In der gestrigen Konferenz wurde ein Uebereinkommen erzielt, durch welches China Japan das Recht einräumt, sich in der Südmandschurei Gebiete für den Bergbau auszuwählen und ihn zu betreiben, ohne jedoch dadurch die bereits anderen Nationen zugeständenen Konzessionen zu beeinträchtigen. Auch mit dieser Einschränkung laufen die gewährten Vorrechte auf eine Monopolstellung hinaus. Die Mongolei wurde bisher nicht erwähnt. Der japanische Gesandte Gioki behielt sich das Recht vor, die Einbeziehung der Mongolei besonders zu besprechen. Eine längere Verhandlung über die Anwesenheit von Japanern in der Mandschurei führte zu keinem Ergebnis. Der Charakter der Verhandlungen ist noch wie vor freundlich. Die Japaner sind zwar unnachgiebig, aber zu Besprechungen bereit. Die Tatsache, daß die ernstlichen Fragen, welche die Chinesen als Antastung ihrer Souveränitätsrechte und die Mächte als Verletzung des Prinzips der Gleichberechtigung betrachten würden, noch unerledigt sind, verbreitet allseits Unsicherheit und Unbehagen. Die Nachricht vom Siege der Partei Dumas berechtigt zu der Hoffnung, daß die japanische Regierung in der Lage sein wird, den Chinesen mehr Zeit zu lassen. Wenn die Japaner sich etwas weniger zweideutig äußerten, würde der Weg zu einem Abkommen leichter gefunden werden. Inzwischen beantragten die Anführer japanischer Truppen und alle möglichen unverantwortlichen Gerüchte aus Japan das Land.

Chinesische Truppenzusammenziehungen bei Peking.

Kopenhagen, 30. März. (B. Z. V.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Peking: Das Greer ausgewählter chinesischer Truppen, die rings um Peking liegen, ist nunmehr um weitere hunderttausend Mann, die mit Munition wohl versehen sind, verstärkt worden. Längs der Eisenbahnlinien wurde Artillerie aufgestellt, die den Zugang zur Stadt beherrscht, jedoch scheint keine unmittelbare Gefahr zu drohen, da die chinesische und die japanische Diplomatie offenbar Zeit zu gewinnen suchen.

De Wet wegen Hochverrats angeklagt.

Bloufontein, 31. März. (B. Z. V.) Meldung des Reuterischen Bureaus: Gegen De Wet ist Anklage wegen Hochverrats erhoben worden.

Die Wahrheit über Deutschlands Lage.

London, 31. März. (B. Z. V.) „Morning Post“ meldet aus Washington: Der Sekretär der Unterichtskonferenz des Säbends Dr. Bourland, der nach einem vierjährigen Aufenthalt in Deutschland in die Heimat zurückkehrte, erklärte, die Verlächte, daß Deutschland durch Hunger bezwungen werden könne, verbieten keinen Glauben. Deutschlands wissenschaftliche Organisation des Ackerbaus sei großartig. Die Regierung könne den Boden ebenso leicht ihrem Willen unterwerfen, wie sie Reservisten zum Militärdienst heranziehe. Deutschland habe durch sein großes Landwirtschaftssystem die Grundlage zur Ernährung der Armeen im Felde und der Bevölkerung zu Hause während des Krieges gelegt. Dieses System sei ebenso gut organisiert, wie das industrielle und militärische System. So habe die Regierung vermocht, bei Ausbruch des Krieges durch die bestehende Organisation und die Mithilfe der Landwirtschaftsgesellschaften in ungläublich kurzer Zeit die Bodenbestellung des Reiches in die Wege zu leiten und ein Anpflanzungssystem für das nächste Jahr auszuarbeiten.

Wirtschaftliche Kriegsmassnahmen.

Saatkartoffeln fallen unter die Höchstpreise.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 31. März beschlossen, um den viel beklagten Mischständen entgegenzutreten, daß Speisekartoffeln vielfach als Saatkartoffeln gehandelt werden, daß vom 25. April 1915 ab alle Saatkartoffeln unter die Höchstpreise für Speisekartoffeln fallen, und daß auch bis dahin nur diejenigen Kartoffeln als Saatkartoffeln gelten, die aus Saatkartoffelwirtschaften stammen, die von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft oder von landwirtschaftlichen amtlichen Vertretungen anerkannt sind.

Endlich hat der Bundesrat durch Aenderung der Verordnung über die Verteilung von Vorkartoffeln das Erhalten von Weizenbrot aus reinem Weizenmehl zugelassen, wenn der Weizen zur Herstellung dieses Mehles bis zu mehr als 93 vom Hundert durchgemahlen ist. Außerdem sind noch einige Ersatzmittel für den vorgeschriebenen Kartoffelzusatz zum Roggenbrot zugelassen, wie Weizenmehl, Erbsen- und Bohnenmehl, Sagomehl, Maniok- und Tapiokamehl und in beschränktem Umfang auch Sirup und Zucker. Endlich ist den Verwaltungsbehörden die Befugnis gegeben worden, Beginn und Ende der zwölfstündigen Arbeitszeit in den Bäckereien in ländlichen Verhältnissen so festzusetzen, daß die Arbeit vor 6 Uhr morgens beginnen kann, und ferner die Befugnis, im öffentlichen Interesse oder in Notfällen Ausnahmen zuzulassen.

Weiter hat der Bundesrat eine Verordnung über den Verkehr mit Futtermitteln beschlossen, um eine weitere Steigerung der Futtermittelpreise zu verhüten und die im Inland vorhandenen Futtermittel in nützlichender Weise der Landwirtschaft möglichst in den nächsten Wochen zuzuführen, in denen der Mangel an Futtermitteln besonders empfindlich ist. Der Futtermittel am 8. April 1915 in Gebrauch hat, muß sie an diesem Tage der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H. Berlin, Potsdamer Straße 38, anzeigen, soweit er sie nicht selbst verbraucht oder verarbeitet oder soweit sie nicht unter einem Doppelpfeiler von jeder Art bleiben. Der Bezugsvereinigung ist der Erwerb und Vertrieb dieser Futtermittel übertragen. Alle Futtermittel, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung im Inland vorhanden waren, oder bis zum 1. Juni aus im Inland vorhandenen Rohstoffen hergestellt werden, dürfen nur durch die Bezugsvereinigung abgesetzt werden; dabei ist für alle Verträge eine Ausnahme vorgesehen. Ferner ist den Besitzern, Händlern oder Herstellern solcher Futtermittel die Pflicht auferlegt worden, sie der Bezugsvereinigung auf deren Verlangen käuflich zu überlassen. Die Bezugsvereinigung muß sie spätestens bis zum 1. Juni 1915 abnehmen. Für die Futtermittel, welche die Bezugsvereinigung übernehmen will, hat sie einen angemessenen Preis zu zahlen, hierfür sind Grundätze aufgestellt, wodurch eine Schädigung der gegenwärtigen Besitzer verhütet werden soll. Dabei ist noch eine Ausnahmevorschrift zugunsten ausländischer Besitzer von konfignierten Lägern vorgesehen. Die Bezugsvereinigung hat diese Futtermittel an die Kommunalverbände abzugeben, die sie nach ihrer genauen Kenntnis der Verhältnisse den Verbrauchern zuführen. Dabei sind die Ausschläge festzulegen, welche die Bezugsvereinigung und die Kommunalverbände für ihre Tätigkeit erheben dürfen. Futtermittel, die nach dem 31. März 1915 aus dem Ausland eingeführt werden, sowie Futtermittel, die aus Rohstoffen hergestellt werden, die nach diesem Zeitpunkt aus dem Ausland eingeführt sind, bleiben von dieser Verordnung ausgenommen.

Kriegsbekanntmachungen.

Zuteilung von Verwundeten an die Heimat-Lazarette.

Berlin, 30. März. (B. Z. V.) Den Marine-Feldlazaretten in Belgien gehen andauernd Briefe von den Angehörigen von Verwundeten zu, in denen der Wunsch ausgesprochen wird, die Verwundeten in ein bestimmtes Lazarett in der Heimat befördern zu lassen. Diese Gesuche lassen darauf schließen, daß über den Einfluß der Feldlazarette auf die Zuteilung von Verwundeten zu einem bestimmten Lazarett in der Heimat in weiteren Kreisen unrichtige Anschauungen verbreitet zu sein scheinen. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse so, daß die Beförderung von Verwundeten aus dem Feldlazarett nach der Heimat in der Weise vor sich geht, daß die Verwundeten im Feldlazarett dem Lazarettzug übergeben werden. Der Lazarettzug erfährt jedoch erst von der Stopp in der Heimat den Ort, an dem jeweils die Verwundeten abgegeben werden sollen. Die Feldlazarette haben also keinen Einfluss auf die Zuteilung zu einem bestimmten Lazarett in der Heimat. Die eingangs erwähnten Gesuche sind daher erfolglos und verursachen durch die Beantwortung lediglich eine große und gänzlich überflüssige Mehrbelastung der Feldlazarette mit Schreibarbeit.

Deutepferde.

Amlich, Berlin, 31. März. (B. Z. V.) Beim Kriegsministerium laufen zahlreiche Gesuche um Ueberlassung von Deutepferden und von dienstunbrauchbaren Pferden ein. Die Verteilung dieser Pferde ist aber in Preußen und in den Bundesstaaten, die im Bezirk preussischer Armeekorps liegen, Sache der Landwirtschaftsämtern.

Enträge auf Pferdeüberweisung möge man daher stets an die zuständigen Landwirtschaftsämtern richten.

Letzte Nachrichten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 31. März. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von heute nachmittag: Keine Aenderung in der Lage seit dem gestrigen Abendbericht gemeldet.

Die Tätigkeit der deutschen Flugzeuge.

Wien, 31. März. (B. Z. V.) „Kouvenliste“ meldet: Ein deutsches Flugzeug konnte infolge bewölkten Himmels sich nach Wien nähern, ohne bemerkt zu werden. Das Flugzeug warf drei Bomben. Die beiden ersten verursachten keinen Schaden, die dritte beschädigte die oberen Stockwerke eines Wohnhauses. Verletzt wurde niemand.

Paris, 31. März. (B. Z. V.) „Temps“ meldet aus Peking: Ein deutsches Flugzeug warf Bomben auf Effars, die nur Sachschaden anrichteten. Ein französisches Flugzeug unternahm einen Erkundungsflug über dem Gebiet von Raubouge und stellte fest, daß in Raubouge alle Brücken in dieser Gegend wiederhergestellt worden sind.

Torpedierte Dampfer.

London, 31. März. (B. Z. V.) Das Reuterische Bureau meldet aus Glasgow, daß der Dampfer „Crown of Castile“ auf der Höhe der Scillyinseln torpediert worden ist.

London, 31. März. (B. Z. V.) (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Der britische Dampfer „Flamion“, von Glasgow nach dem Kap unterwegs, wurde am Dienstag fünfzig Meilen von den Scillyinseln entfernt zum Sinken gebracht. Die Mannschaft von 31 Mann wurde vom dänischen Dampfer „Jinlandia“ aufgenommen und in Holyhead gelandet.

Die Kriegsgetreidegesellschaft.

In der gestern von uns teilweise wiedergegebenen Denkschrift des Ministeriums des Innern wird der Versuch gemacht, die Angriffe auf die Tätigkeit der Kriegsgetreidegesellschaft zu entkräften. Daß die Kriegsgetreidegesellschaft mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben würde, haben wir sofort bei Erlaß der bekannten Bundesratsverordnung vom 25. Januar betont. In der Tat ist es nicht leicht, mitten im Kriege die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Getreide einheitlich zu regeln. Aber diese Schwierigkeiten sind unnötigerweise dadurch vergrößert worden, daß nicht ein Staatsmonopol mit dem Handel und dem Vermaalen von Getreide mit einem Schläge sofort bei Kriegsausbruch, der mit dem Beginn der Erntezeit zusammenfiel, geschaffen wurde. Die Verschärfung der Regierung tragen also zunächst die Hauptschuld daran. Denn Anfang Februar, als den Besitzern von Getreide und Mehl das Verfügungsrecht über ihre Vorräte teilweise entzogen wurde, war der Kreis der Besitzer bereits recht groß und die Beschlagnahme dadurch wenig überflüssig geworden. Neben den Landwirten hatten zahlreiche Händler, Mühlen, Bäder und Mehlverkaufsgeschäfte größere Mengen von Getreide und Mehl in Besitz. Diese Vorräte statistisch zu erfassen und vor allem je nach Bedarf den Gemeinden zuzuführen, mußte größeren Schwierigkeiten begegnen. Der Ausweg, den Besitzern bis auf weiteres teilweise den freihändigen Verkauf zu gestatten, um keine lokale Knappheit entstehen zu lassen, hat nun die regelrechte Versorgung fast auswegs erleichtert. Bei den Verbrauchern entstand eine Unzufriedenheit, wohin sie sich eigentlich bei der Bedarfsdeckung wenden sollten. Da weder die Kriegsgetreidegesellschaft noch die privaten Eigentümer in allen Fällen in einem bestimmten Zeitpunkt über ausreichende Vorräte verfügten, wäre teilweise daraus sogar die Unmöglichkeit der Versorgung entstanden. Um dieser Gefahr zu begegnen, hat die Kriegsgetreidegesellschaft mitunter zu höchst unrationellen Verschickungen der Bestände von dem Erzeugungs- und natürlichen Verbrauchsort nach dritten, oft fernabliegenden Gebieten greifen müssen. Wieweit der heilige Bureaucratismus dabei die Dinge noch weiter verwirrt hat, vermögen wir nicht nachzuprüfen, obgleich derartige Vorwürfe nicht selten erhoben worden sind.

Schlimmer noch sieht es mit der Preisgestaltung aus. Die Tatsache, daß die Kriegsgetreidegesellschaft nicht sofort alle Bestände aufnehmen und als alleiniger Verkäufer auftreten konnte, hat bis heute die Preisgestaltung in die Hände der privaten Besitzer gelegt. Die Kriegsgetreidegesellschaft muß sich heute noch nach ihnen richten und nicht umgekehrt. Die Rücke in den Höchstpreisen — ihnen unterliegen nur die Preise für die Produzenten; nicht die der von den Mühlen und Händlern geforderten Preise; auch fehlt es an Höchstpreisen für Mehl — hat die Situation auf dem Preismarkt noch verschlimmert. Während aber die Konsumenten billigere Mehl- und Brotpreise verlangen, damit wenigstens die unnötige hohe Spannung zwischen Getreide- und Mehl- bzw. Brotpreisen vermindert, rufen die landwirtschaftlichen Interessenten nach Heraufhebung der Preise zugunsten der Produzenten. So berechtigt also die Zurückweisung der Produzentenlagen durch die Kriegsgetreidegesellschaft auch ist, die Wünsche der Konsumenten werden dadurch keineswegs entkräftet.

Nun hilft sich die erwähnte Denkschrift aber mit folgender billiger Abwehr über die Angriffe hinweg:

„Gerade diejenigen, welche in Friedenszeiten mit Recht die Idee vom sozialistischen Zukunftsstaate nicht nur parteipolitisch, sondern auch als eine vom rein wirtschaftlich-technischen Standpunkte aus undurchführbare Theorie bekämpft haben, sollten sich sagen, daß ihre eigenen Behauptungen widerlegt werden würden, wenn im Kriege mit Hilfe des Staates und einiger halbamtlicher Organisationen das ganze freie volkswirtschaftliche Getriebe in einen sicher, pünktlich und sogar noch dazu billig funktionierenden Automaten verwandelt werden könnte. Nach wie vor ist die ganze Verbrauchsregelung unseres Getreides im Kriege überhaupt nur dadurch denkbar, daß sich deutscher Geschäftssinn, der sich in diesen schweren Zeiten vaterländischen Aufgaben zur Verfügung gestellt hat, mit der Leistungsfähigkeit des deutschen Beamtenentums verbunden hat. Dieses Ergebnis wird vielleicht diesen Krieg zum Ausgangspunkt einer neuen Ära volkswirtschaftlicher Organisation machen. Denn während sich in England angefangen der sehr erheblichen Teuerung, an welcher unsere U-Boote einen erheblichen Anteil haben, bisher kein Weg zur Abhilfe gefunden hat, weil sich die Extreme des alten Manchester-Liberalismus und eines radikalen Arbeiter-Sozialismus ohne Vermittlung gegenübersehen, ist das Deutsche Reich in der Lage, den ungewöhnlichen Verhältnissen der Getreideversorgung durch den Versuch einer einzigartigen, halb-staatlichen Organisation gegenüberzutreten. Um so bedauerlicher wäre es, wenn durch Mangel an Einzelheiten, deren Schwächen erst die Zeit erweisen muß, der große Gesichtspunkt in der Beurteilung der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 und der zu ihrer Durchführung tätigen Organe verkannt würde.“

Rein formal muß es höchst eigenartig berühren, daß das Ministerium des Innern sich in diesen Sätzen eine Polemik gegen sozialistische Forderungen erlaubt in einer Zeit, wo die Regierung selbst mit allen Mitteln die Durchführung des „Burgfriedens“ erging. Auch die „Kordb. Allg. Ztg.“, das Kanzlerorgan, hat es nicht unterlassen können, diese Angriffe abzuwehren. Es berührt weiter höchst sonderbar, daß die Kritik als „Nörgelei“ und Mangel an vaterländischer Gesinnung bezeichnet wird, obgleich gerade die Kritik unserer Auffassung nach ein stärkeres Empfinden für nationale Notwendigkeiten bezeugt als billiges Verschönern und Vertuschen von doch nun einmal vorhandenen Mängeln. Sachlich geht die Kritik des „sozialistischen Zukunftsstaates“ als „undurchführbare Theorie“ völlig daneben. Gerade wir haben uns von vornherein dagegen verwahrt, daß man die halben Maßnahmen der Regierung, die doch auf die Interessen der Produzenten und Händler nach eigenem Geständnis der Denkschrift, milde gesagt, die größte Rücksicht nehmen, als „sozialistisch“ bezeichnet. Daß die Regierung infolge ihres jägernden Vorgehens und ängstlichen Abwägens auch der Produzenteninteressen schließlich keine Berücksichtigung gerecht wird, ist noch lange kein Beweis für die Undurchführbarkeit sozialistischer Forderungen. Mit diesen wenigen Bemerkungen wollen wir uns für heute in Rücksicht auf den von der Regierung offen gebrochenen „Burgfrieden“ begnügen.

Worauf es ankam.

Genosse Eduard Bernstein, der bekanntlich vor der Gesamtabstimmung über den Reichsetat den Saal verließ, veröffentlicht in der „Völpziger Volkszeitung“ einen nahezu zwei Spalten langen Artikel, um seine Haltung zu rechtfertigen. Uns hat der Artikel im Original vorgelegen, aber bei den bekannten Zensurverhältnissen ist es uns erst jetzt möglich, den Artikel nur in den Zeilen wiederzugeben, die die „Freisinnige Zeitung“ abdruckt. Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: „So weit man Bernsteins sehr gewundenen und widerspruchsvollen Ausführungen verstehen kann, ist Bernstein mit seinen engeren Genossen deshalb Gegner der Kriegskredite, weil er es unter allen Umständen als Aufgabe der Sozialdemokratie betrachtet, für den Frieden einzutreten, und weil er der Heeresleitung nicht die Mittel gewähren will, den Krieg fortzusetzen, zumal da nicht anzunehmen sei, daß die Sozialdemokratie auf die Formulierung der Friedensbedingungen genügend Einfluß erreichen werde. Bernstein schildert die Opfer, die der Krieg bisher allen Staaten an Gut und Blut gekostet hat und fährt dann fort:

„Soll das ins Unbestimmte so fortgehen? Dies und nichts anderes würde es aber heißen, wenn man die Bestimmung der Kriegsziele von der Wendung der Dinge auf dem Kriegsschauplatz abhängig machte, die selbst bei bester Führung immer noch von vielen Zufälligkeiten abhängig bleibt. Es erhebt sich daher mit immer stärkerer Gewalt die Frage, ob keine Macht da ist, jetzt schon die Stimme der Vernunft zur Geltung zu bringen. Und wer sie genau prüft, wird mit unwiderleglicher Logik zu der Antwort gedrängt, daß diese Macht in den kriegsführenden Ländern einzig und allein die Sozialdemokratie ist und sein kann. Für die Regierungen bestehen Rücksichten und Vorurteile, die es ihnen als unmöglich erscheinen lassen in Sachen des Friedens die Initiative zu ergreifen, solange sie nicht entweder die unbestrittenen Sieger sind oder entkräftet am Boden liegen, die bürgerlichen Parteien aber haben bei uns samt und sonders vor Gott Mars abgedankt. Einzig die Sozialdemokratie ist durch kein Vorurteil und keine Rücksicht gehemmt, zu jeder Zeit ihre Stimme mit voller Kraft für den Frieden zu erheben, solange sie ihrem bisherigen Charakter als Glied der internationalen der Arbeiterklasse treu bleibt. Letzteres ist freilich die Bedingung. Gibt sie diesen Charakter auf, läßt sie sich dazu herbei, in der Kriegfrage mit den bürgerlichen Parteien in ein Horn zu blasen, so wird ihre Stimme von dem Augenblick an auch in der Friedensfrage verächtlich. Nur in dem Maße werden wir für die Sache des Friedens wirken und unserem Volke den größten Dienst erweisen können, der ihm in dieser Zeit geleistet werden kann, als wir unsere grundsätzliche von der der bürgerlichen Parteien unterschiedene Auffassung der Völkerbeziehung zu der Frage Krieg und Frieden bei allen wichtigen Anlässen mit der größten Klarheit und Bestimmtheit zum Ausdruck bringen.“

Für Bernstein sind die internationalen sozialdemokratischen Beziehungen also so wichtig, daß er um ihrer Aufrechterhaltung willen je eher je besser Frieden schließen will; dagegen betrachtet er offenbar die Beziehungen, die sich innerhalb der deutschen Nation in der gemeinsamen Not des Krieges zwischen den Parteien und besonders zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum angebahnt haben, das wachsende gegenseitige Verständnis, die zunehmende gegenseitige Achtung der Volksgenossen, nicht nur mit Mißtrauen, sondern er verbietet sogar direkt, daß die Sozialdemokratie in der Kriegfrage mit den bürgerlichen Parteien in ein Horn blase. Was es übrigens mit der sozialdemokratischen Internationalen auf sich hat, das zeigen die Verhandlungen in dem französischen und englischen Parlament, wo die Sozialdemokratie jetzt sehr geschlossen hinter der Regierung steht. Bernstein freilich meint, das werde aufhören, sobald nur in irgendeinem Lande die sozialdemokratische Partei einen energischen Anfang mache und hält es nicht für Unbedenklichkeit, Deutschland in dieser Sache den Vortritt zu lassen. Er schreibt nämlich:

„Zu meinen Augen heißt unter Ja auch ja auf der anderen Seite; was wir bewilligen, dessen Verteigerung können wir den Sozialisten Frankreichs und Englands nicht verargen. Soll es aber ewig so gehen, soll das Verhalten der Arbeiterparteien haben und drüben endlos den schönen Ruf: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch“ immer wieder in ein „Proletariat aller Länder, scheide euch“ umwandeln? Einmal muß doch ein Ende gemacht werden und ich bin überzeugt, die Kriegslage Deutschlands erlaubt es uns, hierzu überzugehen.“

Politische Uebersicht.

Wie man die Neutralen nicht gewinnt.

Das „Verl. Tagbl.“ veröffentlicht den Teil eines Artikels der norwegischen Zeitschrift „Morgenbladet“, in dem gegen die ungläublich törichte „Aufklärungs-Propaganda“ im Auslande Stellung genommen wird. Es heißt da:

„Weniges hat die öffentliche Meinung in Norwegen so zungenlos Deutschlands beeinflusst als die Propaganda mit derartigen Drucksaften. Jedes einzelne Zirkular wirkt seinem Zweck diametral entgegengesetzt und hilft selbst Deutschlands beste Freunde stark wider die Brust. Vor uns liegt eine Flugdrift mit Sir Edward Grey's Bild und Ueberschrift: „Europa's größter Verbrecher“. Der Artikel schreibt über „das intrigante Spiel dieses abgeseimten Bösewichts“. Wir haben vor uns ein anderes Zirkular mit dem Bild des Vorkämpfers Hindlay; über den Ton in diesem wird man sich einen Begriff machen können nach folgendem Zitat: „Das ist ein Thomas in Bremerhaven vor 40 Jahren mit seiner Höllenmaschine im Vergleich zu diesen Herren Grey und Hindlay? Der reine Waisenhandschuh! Und jetzt ist ihren Schandtatzen gegenüber irgendwo in der Welt eine größere Heuschrecke und schlimmere Scheinheiligkeit als in England? Nieder mit diesen schurkischen Briten!“ Eine Reihe vor uns liegender weiterer Flugdrift haben nur zum Zweck, den vulgären Haß gegen England zu nähren, und Dresden scheint der Ausgangspunkt für alle diese Propaganda zu sein. Falls Deutschlands Feinde Agenten im Auslande bezahlen würden, die dafür zu arbeiten hätten, die Sympathien für Deutschland abzuschwächen und den Glauben an die Würde der deutschen Nation herabzusetzen, würde dieses nicht effektiver besorgt werden können als durch diese Pamphlete, die von Dresden aus über Norwegen verbreitet werden.“

Es würde nichts schaden, wenn man nicht nur das Ausland mit geschmacklosen Aufklärungsdrifts verschonte, sondern sich auch im Inlande bei der Beurteilung der Gegner mehr Fägel anlegte. Genosse Bernstein hat vor längerer Zeit leider auch ähnliche Auswüchse der sozialdemokratischen Provinzpresse kritisiert müssen.

Spionerie.

Der Stämpfersche Korrespondenz entnehmen wir: Die „Völpische Zeitung“ beschäftigt sich auf Grund einer nebenbei hingeworfenen mißverständlichen Bemerkung der Chemnitzer

„Völpstimme“ ausführlich mit der blödsinnigen Frage, ob nicht etwa die Opposition gegen die Bewilligung der Kriegskredite in der sozialdemokratischen Partei von Rußland mit Geld ausgehalten werde. Sie ergibt sich darüber in lang ausgehobenen Erörterungen, in denen sie, ohne auch nur den Schatten einer Tatsache beizubringen, den schändlichen Verdacht zu verstärken sucht. Dabei macht sie eine einzige sachliche Mitteilung, durch die sie sich den Anschein einer „Wissenden“ geben möchte, sie schreibt nämlich:

Der Verdacht richtete sich übrigens gegen diese oder jene Person schon lange vor dem Kriege, und gelegentlich ist ihm auch Singer nachgegangen, ohne freilich die nötigen Beweise zu erlangen.

Dies handelt es sich allerdings um eine Angelegenheit, die der Redaktion der „Völpischen Zeitung“ sehr gut bekannt ist. Dem verstorbenen Genossen Singer wurde eines Tages „Material“ übergeben, aus dem hervorgehen sollte, daß ein gewisses Parteimitglied in Solde der russischen Regierung stehe. Es ging aber nichts daraus hervor. Genosse Singer mußte der an ihn gelangten Anzeige pflichtgemäß nachgehen und die von ihm angestellten Ermittlungen führten zu einem negativen Ergebnis. Das ist der „Völp. Zeitung“, wie sie selbst zugibt, bekannt. (Genosse Stämpfer verurteilt in seinen weiteren Ausführungen das Vorgehen der „Völp. Ztg.“ auf das allerhöchste. D. Red. d. „Vorw.“ Er fährt dann fort.)

Der Zweck, den die „Völp. Ztg.“ verfolgt, ist klar. Sie möchte, um die Partei immer lächter durcheinander zu hegen, innerhalb der Sozialdemokratie eine Spionerie entstellen, gleich jener, die wir außerhalb der Partei zu Kriegsbeginn erlebt haben. Damals erließ der Stuttgarter Polizeipräsident jenen geschichtlich denkwürdigen Erlass, der mit den Worten begann: „Schulleute! Die Einwohnergesellschaft Stuttgart droht verrückt zu werden!“

Wir aber wollen uns nicht verrückt machen lassen. ... Sachliche Meinungsverschiedenheiten sollen sachlich ausgetragen werden, dabei kommt der, der über die besseren Gründe verfügt, am besten weg. Die von der „Völp. Ztg.“ geübte Methode der beweislosen persönlichen Verdächtigung wird die ganze Partei einmütig ... zurückweisen!

Der Reichskanzler über die Erörterung des Kriegszieles.

Auf die bekannte Eingabe des Bundes der Landwirte, des Bauernbundes und einiger kleinerer Verbände, die Erörterung des Kriegszieles baldigst freizugeben, hat der Reichskanzler aus dem Großen Hauptquartier geantwortet:

„Die Eingabe, die der Bund der Landwirte gemeinsam mit dem Zentralverband der deutschen Industriellen, dem Deutschen Bauernbund, dem Bund der Industriellen und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverbände unterm 10. d. M. an mich gerichtet hat, ist mir zugegangen. In voller Anerkennung der in ihr zum Ausdruck gekommenen heißen Wünsche für das Wohl und Gedeihen des Vaterlandes muß ich mir ein Eingehen auf ihren sachlichen Inhalt zurzeit aus den Gründen eines gebieterischen Staatsinteresses versagen, die den unterzeichneten Verbänden aus meinen, die Frage einer Erörterung der Friedensziele betreffenden Verlautbarungen in der Presse bekannt sein dürften.“

Aufgehobenes Zeitungsverbot.

Das unterm 14. Februar 1915 gegen die in Wien erscheinende periodische Druckschrift „Die Muletete“ erlassene Verbot der Verbreitung dieser Druckschrift in Deutschland ist aufgehoben worden.

Kriegsgewinnsteuer.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ hat die Meldung einiger Blätter, die Reichsregierung werde dem Reichstag bei seinem Wiederzutritt am 18. Mai auch einen Gesetzentwurf über die Einführung einer besonderen Kriegsgewinnsteuer vorlegen, dementiert; die Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Regelung der schwierigen Frage erst nach dem Friedensschluß erfolgen könne. — Hierzu bemerkt die „Deutsche Tagesztg.“: „Wir möchten daran erinnern, daß sich in dem Reichstagsauschuß des Reichstags keine Stimme gegen den Grundgedanken einer besonderen Kriegsgewinnsteuer erhob, daß man vielmehr allgemein von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer solchen Steuer überzeugt war. Ob die Steuer schon während des Krieges eingeführt werden könne, ist eine Frage, über die man verschiedener Meinung sein kann. Jedenfalls werden die Verbündeten Regierungen nicht umhin können, den gefunden Grundgedanken einer solchen Steuer möglichst bald gesetzgebend festzulegen und durchzuführen.“

Auch die Zentrumspresse hält an dieser Forderung fest; so schreibt die „Köln. Volkszeitung“:

„Immer wieder wird freilich auf die technischen Schwierigkeiten einer Kriegsteuer verwiesen; diese Schwierigkeiten sind aber gewiß nicht größer, als die bei Erhebung einer jeden Einkommensteuer, da ja auch hier die Quellen sichtbar gemacht werden müssen. In dem Emporwachen einer neuen Reichsumsatzsteuer während des Krieges zeigt sich mit aller Deutlichkeit, woher der Reichtum stammt. Und diese einfache Tatsache sollte man steuerrechtlich nicht erfassen können? Wie leben, das muß immer gesagt werden, in einer Zeit der Opfer. ... Die Verdienste der deutschen Arbeit um den Krieg, die ganz und gar nicht verkannt werden sollen, werden um so schöner sein, je mehr sie der Allgemeinheit zugute kommen. Das sollte auch jetzt schon bei der Vergebung der Aufträge fürs Heer mitgesprochen.“

Die der Großindustrie nahestehende „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ vertritt eine ablehnende Auffassung. Sie führt aus:

„Sind denn die Milliarden alleamt in Lieferantentaschen geflossen und haben dort Kapitalansammlungen erzeugt, die zu außerordentlichen Steuerverwehren verwerthbar sind? Viele Millionen sind doch zu Wohnungen oder zu Zahlungen an staatliche Betriebe wie Eisenbahnen, Werken usw. verwandt worden, sind also unter dem Begriff einer Kriegs-Gewinnsteuer nicht greifbar. Abgesehen aber von der Höhe der veritbaren Lieferungsverdienste erscheint deren Ausforderung aus den allgemeinen Einkommens- und Vermögensbestandteilen der betreffenden Geschäftskreise steuerrechtlich unausführbar. Um zu ermitteln, wieviel der einzelne Industrielle oder Lieferant aus seiner Beteiligung an Rüstungsartikeln verdient haben könnte, müßten Erhebungen veranstaltet werden, die in eine unausführliche Wirrwarr von geschäftlichen Beziehungen hineinführen und trotzdem lächerhaft bleiben würden.“

Wir haben vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß sich die Kriegsgewinne sehr wohl durch Ausgestaltung der Vermögenszuwachssteuer steuerlich erfassen lassen.

Kriegsgefangene als Industriearbeiter.

Die der „Hartungischen Zeitung“ geschrieben wird, betreiben die Behörden die Beschäftigung der russischen Kriegsgefangenen ganz systematisch. Zunächst habe man die Gefangenen nur zu landwirtschaftlichen Arbeiten heranziehen wollen, aber jetzt würden sie auch an das Gewerbe abgegeben. Die Landwirtschaftskammer nehme Bestellungen entgegen. In Betracht kämen Bau- und

Ziegelarbeiter, Wege-, Aufräumungs- und Restaurations-
hilfskräfte. In westpreussischen Gefangenenlagern seien geistliche
Holzarbeiter gefunden worden. In Jasterburg sei Nachfrage
nach Schornsteinfegern. In Lissa nach Ziegeln und im
Weichselgebiet nach Bau- und Holzarbeitern.

Landtagsergebnisse in Bitterfeld-Deulitz.

Für die durch den Tod des Landtagsabgeordneten Bauer nötig
werdende Ersatzwahl stellen die Konservativen den Regierungs-
präsidenten A. v. W. Der andere Parteien werden
Stimmhaltung üben.

Freilassung der Genossin Figner.

Die Genossin Vera Figner, deren Verhaftung an der russisch-
polnischen Grenze wie vor kurzem meldeten, ist laut der „Nietisch“
am 22. März aus der Haft entlassen worden. Es ist ihr freigestellt,
überall, mit Ausnahme der Gouvernements, in denen der Kriegs-
zustand erklärt ist, ihren Wohnsitz zu nehmen.

Kolonialschutzvertrag zwischen Holland und Amerika.

Nach Londoner Meldungen ist zwischen den Niederlanden
und den Vereinigten Staaten ein Defensivvertrag
zur gegenseitigen Garantie des Kolonial-
besitzes abgeschlossen worden.

Die Wirren in Mexiko.

London, 21. März. (W. T. N.) Das Reutersche Bureau
meldet aus Washington: Der britische Botschafter hat
Staatssekretär Bryan aufgesucht und ihn gefragt, welche
Vorkehrungen zum Schutz der Ausländer getroffen
werden würden, wenn die Streikkräfte Japatas die Haupt-
stadt Mexiko räumen und die Anhänger Carranzas
wieder einziehen, was nach Meldungen aus Mexiko zu er-
warten ist.

Nach Telegrammen, die das Staatsdepartement erhalten
hat, hat sich Villa nach einem Angriff auf Matamoros
zurückgezogen. Er ließ 200 Tote und Verwundete auf dem
Kampffeld zurück.

Gewerkschaftliches.

Internationale Arbeiter-solidarität.

Zur Dezember vorigen Jahres veröffentlichte die bürgerliche
Presse einen Brief eines Mitgliedes des Deutschen Bergarbeiter-
verbandes, das nicht lange vor dem Ausbruch des Krieges aus-
gewandert war und im Bezirk Pforta als Bergmann beschäftigt
war. Der Brief war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, son-
dern sollte die Verwandten des Schreibers unterrichten, gelangte
aber auf „Unwegen“ in den Besitz der Redaktion des „Berg-
knappen“. In dem Briefe wurde mitgeteilt, der Schreiber sei mit
anderen deutschen Arbeitern beim Kriegsausbruch als Gefangener
inhaftiert worden und ferner:

„Unser Betriebsführer hat uns schon einmal aus der Ge-
fangenschaft herausgeholt und uns in der Grube arbeiten lassen.
Die Bergarbeiterunion selbst aber hat uns wieder arbeitslos
gemacht. Auch ein schöner Beitrag zur Internationalität.“

„Zugleichweise greift die bürgerliche Presse diesen „fetten
Happen“ auf und mißbraucht ihn für ihre Zwecke. Die
internationale Arbeiter-solidarität.“

„Wittern sie, daß der Reichsleiter nicht nur Kenntnis von
der Veröffentlichung seines Schreibens erhalten, sondern er erfuhr
auch, daß er die Anklage gegen die Pfortaer Bergarbeiter-
organisation nicht aufrechterhalten könne! In mehreren Briefen
die Länge der Briefe ist von der Verwaltung des Gefangenen-
lagers in Gomborff, Cheshire, begrenzt worden, darum sind drei
geschrieben) teilt der deutsche Bergarbeiter zur Sache folgendes mit:

„Ich habe im guten Glauben berichtet, daß die Union uns
arbeitslos gemacht hätte, doch nachher bin ich durch Zeitungs-
berichte und andere Erfahrungen von meinem Irrtum überzeugt
worden. Es war Stille gegen uns gemacht worden von
bürgerlicher Seite. Die (einheimischen) Bergarbeiter erklärten,
mit uns nicht in der Grube arbeiten zu wollen, weil wir dieselbe
eventuell viel unheil anrichten könnten. (Diese Verurteilung
hegte auch die deutschen Bergleute wegen der unterirdischen
Beschäftigung von Kriegsgefangenen. D. N.) Wir gingen des-
halb zum Sekretär der (Bergarbeiter-) Union und baten ihn,
die Sache zu regeln. Derselbe berief zu diesem Zweck ein paar
Tage später eine Versammlung ein. Wir waren in der Zeit
überirdisch beschäftigt. In der Versammlung wurde über uns
abgestimmt mit dem Resultat, daß wir während des Krieges
nicht mehr unterirdisch beschäftigt werden sollten. Uns war es
herzlich gleichgültig, ob wir ober- oder unterirdisch beschäftigt
wurden. In der Zeit war aber von der War Office (Kriegs-
ministerium) eine Order herausgekommen, alle Deutschen, welche
keine Bürgerschaft stellen könnten, wieder zu verhaften, und zwar
aus dem Grunde, weil verschiedene Anstaltsversuche gemacht
worden waren. Vorher war uns von dieser Order nichts bekannt;
deshalb waren wir der guten Meinung, daß unsere Arbeits-
kollegen uns diesen Streich gespielt hätten. Die Union hätte
Bürgerschaft für uns leisten können und wir wären frei geblieben,
aber ich kann es den Leuten nicht verdenken, denn hier wird der
Nationalitätenhaß gerade so gehiebt wie anderwärts. . . . In
der ersten Zeit (des Krieges) sind alle Deutschen verhaftet worden,
später sind aber die meisten, welche längere Zeit in England
lebten, wieder entlassen worden. Daß wir noch in Gefangen-
schaft sind, das kommt daher, weil wir noch nicht lange hier
waren, also ziemlich unbekannt, deshalb auch keiner für unseren
feindlichen Charakter garantieren konnte. Wir sind auch keine
Militär-, sondern Schutzgefangene. Die Behandlung von seitens
der Engländer ist gut. Die Führer der (Bergarbeiter-) Union
haben ihre Pflicht getan, aber die Stimmung gegen uns wurde
von anderer Seite geschürt. . . . Ich will Dir ferner mitteilen,
daß ich während eines Streiks nach England gekommen bin (unter
bieren der einzige gewerkschaftlich organisierte, Mitglied des
Deutschen Bergarbeiterverbandes), also nicht unterfangenberech-
tigt war, trotzdem aber Streikunterstützung erhalten habe. Mögen
andere sich ein Beispiel daran nehmen. Doch die internationale
Gewerkschaftsbewegung! . . . Die General Labourers Union
hat sogar verschiedenes ihrer Mitglieder hier in der Gefangen-
schaft mit Geld unterstützt. Ich meine natürlich deutsche Mit-
glieder! . . .“

„Mit dem „fetten Happen“ gegen die Internationale der Ar-
beiter ist es also nicht. Der Briefschreiber hat in der Aufregung
über seine Inhaftierung angenommen, er sei auf Betreiben der
Gewerkschaften aus der Arbeit gerissen worden, während es
sich tatsächlich um eine in allen Kriegführenden Ländern über solche
Ausländer auf Anordnung der Militärbehörden verhängte Schutz-
haft handelt. Die Verhaftung zur unterirdischen Arbeit ent-
spricht derselben Bestimmung, die auch die Bergarbeiter in Deutsch-
land gegen die Unterfangenarbeit von Kriegsgefangenen geltend
gemacht haben. Die weiteren Mitteilungen über das kollegiale Ver-
halten der Führer der fraglichen englischen Bergarbeiterunion be-
weisen, daß diese Gewerkschaftsführer auch angesichts der chauvi-
nistischen Nationalitätenhaß die Pflicht der internationalen Ar-
beiter-solidarität erfüllten. Man sieht aber auch an diesem Bei-
spiel wieder, daß man Mitteilungen über Vorgänge während der
überaus ereignisreichen Kriegszeit recht vorsichtig bewerten muß.“

Deutsches Reich.

Die Tarifbewegung der Karosierarbeiter verlag.

Nach der durch die Arbeiter erfolgten Kündigung des Tarifs
ist den Unternehmern eine neue Tarifvorlage mit dem Ersuchen um
Verhandlungen eingereicht worden. Die Unternehmer haben auf
Veranlassung des Generalkonferenz-Komitees gemeinsam zu der
Angelegenheit Stellung genommen und dem Metallarbeiterverband
ihren einstimmig gefassten Beschluß mitgeteilt, der dahin geht: Die
Unternehmer seien gegenwärtig weder zu Verhandlungen, noch zum
Abschluß eines Tarifs bereit, weil sich nicht übersehen lasse, wie sich
die Verhältnisse in Zukunft gestalten werden, doch seien die Unter-
nehmer nach dem Kriege gern bereit, auf die Tariffrage zurückzu-
kommen.

Gestern abend nahmen die Arbeiter zu dieser Angelegenheit
Stellung. Auf Anraten ihrer Vertrauensmänner und Organisa-
tionsvertreter beschloß die Versammlung, da der alte Tarif — der
übrigens nicht für alle Betriebe galt — am 31. März abgelaufen
ist und während des Krieges eine Verschlechterung der durch den
Tarif geschaffenen Verhältnisse nicht zu befürchten ist, von jetzt ab
ohne Tarif zu arbeiten und nach dem Kriege die Tarif-
frage aufs neue anzuschneiden.

Ausland.

Die französischen Buchdrucker im Kriege.

Die französischen Buchdrucker sind fast die Einzigen, die ihre
Organisation auch während des Krieges aufrecht erhielten. Diese widmet
sich vornehmlich dem Unterstützungswesen. Schon zu Friedenszeiten befaß
sie wirksame Unterstützungseinrichtungen, auch für Arbeitslose, ganz im
Gegensatz zu den meisten anderen Organisationen, bei denen Unter-
stützungen vielfach frommer Wunsch blieben. Sogar das Organ der Buch-
drucker erscheint noch, u. B. das einzige französische Gewerkschaftsblatt,
das noch existiert. Daraus erfahren wir, daß manche Sektionen durch
feste Extrabeiträge oder Sammlungen unter den noch arbeitenden
Kollegen die Mittel zur Erhöhung der Unterstützungsmittel ausbringen.
Die Sektion Bourdeaux z. B. erhebt einen Extrabeitrag in Höhe
von 5 Proz. des verdienten Lohnes. Dadurch kann sie zahlen: An
die Arbeitslosen und Kranken 12 Fr. pro Woche, an die Mitglieder
unter den Waffen 2 Fr. monatlich, an Mitglieder, die in Gefangen-
schaft geraten, 5 Fr. monatlich, bei Todesfällen 50 Fr., ferner soweit
die Mittel reichen, 12 Fr. an die Familien der eingezogenen Mit-
glieder. Für die Unterhaltung einer gewerkschaftlichen Volksschule
am Orte zahlen übrigens die arbeitenden Mitglieder einen besonderen
Beitrag von 20 Pf. täglich.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinn.

Die Vereinigten Stahlwerke und Gummi-
warenfabriken in Gotha, die in den letzten Jahren außer-
ordentlich ungünstig wirtschafteten und riesige Verluste verzeich-
neten, haben ihre finanzielle Situation erheblich verbessert. Nach
höhen Abschreibungen und Reservebestellungen schlägt der Aufsicht-
rat 5 Proz. Dividende gegen 0 Proz. im Vorjahre vor.

Aus dem Geschäftsbericht der Niederrheinischen L.-G.
für Lederfabrikation, die, wie schon berichtet, ihre
Dividende von 11 auf 15 Proz. erhöht, seien noch einige Zahlen
angeführt. Der Produktionsgewinn stieg von 771 048 M. auf
1 507 868 M., der Reingewinn von 294 381 M. auf 843 070 M.
Die Dividende erfordert 300 000 M. Für Rückstellungen werden
220 000 M. gegen 50 000 M. im Vorjahre verwandt. Lantienem
werden 132 110 M. gegen 79 419 M. gewährt. In den Unter-
stützungsfonds gehen 100 000 M. gegen 10 000 M. Der Vortrag auf
neue Rechnung beträgt 91 560 M. gegen 8605 M. im Vorjahre.
Die Gesellschaft hat also reichlich für kommende Zeiten vorgesorgt.
Vor dem Kriege wurde infolge eines Schadenfeuers mit einem
geringeren Ertrags als im Jahre 1913 gerechnet.

Die Firma Gebr. Sphier u. Cie. A.-G. zahlt für das
vergangene Geschäftsjahr eine Dividende von 16 Proz.
Der Steiner Vulkan hatte im Vorjahre einen Be-
triebsverlust, zu dessen Deckung 4,8 Mill. Mark aus den Reserven
herangezogen wurden. Diesmal ergab das Werk einen Reingewinn
von 2,3 Millionen Mark; an Dividende werden 6 Proz.
gezahlt.

Die Daimler-Motoren-Gesellschaft erhöht ihre
Dividende von 14 auf 16 Proz. Mit diesem Gewinn sind die
Aktionäre aber noch keineswegs zufrieden. Da die Gesellschaft
außerordentlich starke innere Reserven besitzt, scheinen die Aktionäre
laut „Voss. Zig.“ nicht gewillt zu sein, sich nur mit einer fargen
Quote zu begnügen!

Die Atlas-Werke A.-G. (Maschinenfabrik, Siegenen,
Schiffbau in Bremen-Hamburg) erhoben ihre Dividende von 7 1/2
auf 8 1/2 Proz.

Die Harzer Werke zu Hildesheim und Zorge steigerten ihren
Reingewinn von 458 500 auf 658 310 M.; der Reingewinn stieg
von 28 000 auf 241 740 M. An Dividende werden 6 Proz. gezahlt.
Nach Mitteilung der Verwaltung ist die Gesellschaft mit reichlichen
Aufträgen, darunter gehören Bestellungen der Heeresverwaltung,
versorgt.

Die Deutsche Riles-Werzeugfabrik (Ober-
Schönweide), die zum Löwe-Konzern gehört, erhöhte ihren Reingewinn
von 302 240 auf 388 880 M. trotz Verdoppelung der Ab-
schreibungen. Die Dividende wird auf 7 (statt 4 Proz.) bemessen.
In dem Bericht heißt es: „Da eine Verbindung mit den Ameri-
kanischen Rileswerken seit vielen Jahren in keiner Weise mehr
besteht, wird die Firma in „Maschinenfabrik Ober-Schönweide
A.-G.“ geändert.“

Rüstungsgewinne.

In der Sitzung des Verwaltungsrates der Stobawerke,
Aktiengesellschaft der österreichischen Kanonenfabrik, wurde
beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, von 7 076 626
Kronen eine Dividende von 14 Prozent, also 990 732 Kronen
per Aktie gegen 15 Prozent und 80 Kronen im Vorjahre
zur Verteilung zu bringen, und 200 000 Kronen dem Reserve-
fonds zuzuwenden, wodurch dieser die faktische Höhe von
4 200 000 Kronen erreicht, und nach allen Abschreibungen den ver-
bleibenden Rest von 584 366 Kronen auf neue Rechnung vor-
zutragen.

Die französische Anleihe in Amerika.

London, 31. März. (W. T. N.) Dem Reuterschen Bureau
wird aus New York gemeldet, daß das Morgan-Syndikat
im Begriffe sei, einjährige 5prozentige französische
Schatzscheine im Betrage von mindestens 25 Millionen Dollar
anzubieten, der bis 50 Millionen steigen könne und den Erlös zum
Ankauf von Vorräten zu verwenden.

Verlängerung des Kalifornienabkommens.

Die Geschäftsführer des Kalifornienabkommens haben auf das Recht der
Kündigung des Syndikats per 31. März d. J. verzichtet und die
Verlängerung des Syndikatsvertrages bis zum
31. Dezember 1917 beschlossen. In der Versammlung der
Geschäftsführer war ein Werk nicht vertreten; man nimmt indessen
nicht an, daß daraus noch Schwierigkeiten erwachsen werden.

Berichtszeitung.

Durch ein Auto folgefahren.

Wegen fahrlässiger Tötung in Lateinheim mit Ueber-
tretung der Straßenordnung für Berlin vom 31. Dezember

1899 hat das Landgericht I in Berlin am 12. Dezember den
Bankier Max Röhnius zu drei Monaten Gefängnis ver-
urteilt. Die gegen dies Urteil eingelegte Revision wurde am
Dienstag vom Reichsgericht verworfen. Der Tatbestand war
folgender:

Der Angeklagte fuhr, nachdem er am 21. August 1914 das
Führerzeugnis für Kraftfahrzeuge erworben hatte, drei Tage später,
am 24. August v. J., gegen 4 Uhr nachmittags mit seinem eigenen
Kraftwagen, den er selbst lenkte, in Berlin. Als er von der
Straße Unter den Linden herkommend durch die Neue Wilhelm-
straße nach Norden zu fuhr, und dabei die Dorothienstraße zu über-
queren hatte, kam diese Straße her, von Osten nach Westen fahrend,
ein Kraftomnibus. Der Angeklagte fuhr vorschriftsmäßig auf die
rechte Seite der Neuen Wilhelmstraße und in nicht zu schnellem
Tempo. Als er nun den Kraftomnibus auf die Wegkreuzung zu-
kommen sah, wollte er nach vor diesen über die Dorothienstraße
fahren. Um dabei einen Zusammenstoß zu verhindern, fuhr er auf
die linke Seite der Neuen Wilhelmstraße hinüber. Als er nun dem-
zufolge jenseits der Dorothienstraße auf der linken Seite der Neuen
Wilhelmstraße ankam und im Wogen nach der rechten Seite hin-
überfahren wollte, ließ plötzlich der Kaufmann Franz W. hinter
einer Plakataule hervor und auf den Fahrdamm, um offenbar den
Kraftomnibus noch eingeholen. W. wurde dabei von dem Wagen
des Angeklagten ungeschlagen und erlitt einen Schädelbruch, der
noch im Laufe des Nachmittags seinen Tod zur Folge hatte. Dem
Angeklagten ist zur Last gelegt worden, durch seine Fahrlässigkeit
den Tod des W. verschuldet zu haben. Diese hat das Gericht darin
erkannt, daß er es unterlassen hatte, mit einem nach links aus-
fallenden Wagen vor dem Kraftomnibus vorbeizufahren, anstatt
auszuhalten und den Omnibus vorbeizulassen, denn die rechte Seite
der Fahrbahn dürfe ein Kraftwagen nicht verlassen, es sei denn,
daß ein unüberwindliches Verkehrsbehindernis ihn zwingt, wie viel-
leicht beim Vorfahren, sich mehr links zu halten. Außerdem hätte
der Angeklagte auch an der verkehrsschweren Gasse seine Fahr-
geschwindigkeit ganz besonders verlangsamten und damit rechnen
müssen, daß jemand in dem Augenblick, da er scharf auf der linken
Seite fuhr, vom Bürgersteig heruntertrat.

Wirt und Mieterin.

Als ein recht rabiatier Hauswirt gegenüber einer Kriegser-
frau hat sich der Eigentümer Friedrich Kallies aus Pichtentrade erwiesen, der gestern unter der Anklage wegen
Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Ver-
handlung, Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung vor dem
Schöffengericht Berlin-Tempelhof stand.

In dem Hause des schon bejahten Angeklagten, der einen recht
gedröcklichen Eindruck macht, ein laihes Wein hat und den rechten
Arm in der Binde trägt, wohnt das Ledderer-Höfchen Ehepaar.
Als der Ehegatte Anfang August zum Militär einberufen wurde,
stieß Frau Höfchen, die sich in anderen Umständen befand, zu
ihrer Mutter nach Mariendorf über. Die August-Niete war recht-
zeitig bezahlt worden. Anfang September kam Frau Höfchen in
Begleitung ihrer Mutter, Frau Röhnius, in ihre Wohnung, um
dort eine Weizelle abzuholen, da sie beabsichtigte, ihre Entbindung
in der Wohnung der Mutter abzuhalten. Die Frauen stiegen aber
auf energischen Widerstand des Wirtes, der wohl glauben mochte,
daß die Frauen „rücken“ wollten, und erklärte, daß zunächst Niete
zu bezahlen sei, andernfalls kein Möbelstück aus dem Hause komme.
Er verließ auch die Haustür, und als die beiden Frauen mit dem
Seiteil der Weizelle einen Nebenausgang benutzen wollten, kam
es zu einer wüsten Szene. Der Angeklagte soll nach Zeugnisaussagen,
die er bestritt, der hochschwangeren Frau Höfchen einen solchen Stoß
mit seinem kranken Arm versetzt haben, daß diese zu Boden ge-
schleudert wurde und dort, vor Schmerzern winnend und schreiend,
liegen blieb. Eine mitleidige Nachbarin kam ihr zu Hilfe und
brachte einen Stuhl herbei, auf den sie die völlig Erschöpfte setzte.
Gleichzeitig wurde nach einem Gebarmen geschickt, der hier herauf
eingreifen sollte. Inzwischen suchte der Angeklagte der Frau Röhnius
die Seitenwand der Weizelle zu entreißen, bei dem Kampfe um
dies „Stulle“ er sie wiederholt gegen die Brust der Frau, so daß
diese Schmerzen empfand, und verfuhr ihr auch noch einen Fuß-
tritt gegen das Bein. Als der Gendarm auf dem Kampfplatz er-
schien, stellte er fest, daß — entgegen der Behauptung des Ange-
klagten — in der Wohnung der Frau Höfchen die Möbel noch an
ihren Plätzen standen. Den Hausfriedensbruch hat der Angeklagte
dadurch begangen, daß er sich aus der Höfchen Wohnung, in die
er hineingekommen war, trotz wiederholter Aufforderung nicht ent-
fernt hatte.

Das Gericht nahm den Sachverhalt so, wie geschildert, als er-
wiesen an. Der Vorsitzende verurteilte, daß das Gericht das Ver-
halten des Angeklagten als ein ganz ungeschwulstliches und unent-
schuldigbares angesehen habe, noch dazu in einer Zeit, wo die Haus-
wirte doch die Verpflichtung haben, zurückgebliebenen Frauen von
Vaterlandsverteidigern gegenüber mögliche Milde walten zu
lassen. Der Angeklagte könne es als ein Glück preisen, daß sein
unvorsichtiges Vorgehen die Entbindung der Frau N. nicht ernstlich ge-
fährdet habe. Mit Rücksicht hierauf, ferner mit Rücksicht auf das
Alter des Angeklagten und seine bisherige Unbescholtenheit habe
das Gericht von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen und nur
auf Geldstrafe erkannt, die insgesamt auf 100 M. eventuell
20 Tage Gefängnis festgesetzt wurde.

Der Eigentümer ist also noch recht billig davongekommen.

Koheiten gegen Kriegserfrauen.

Einen selten hohen Grad gemeiner Gefinnung hat der in
Neukölln wohnhafte Klempner Schrader bekundet, der
wegen Verleumdung zweier Kriegserfrauen vor
der Strafkammer des Landgerichts II sich zu verantworten
hatte.

Am 16. Februar erschien der verheiratete Angeklagte bei der
Portierfrau Weidert, deren Gemann, wie er wusste, im Felde
sitzt. Er fragte sie, ob sie nicht eine Kriegserunterstützung haben
würde, und als Frau W. dies freudig bejahte und ihm hat, in die
Zimmer zu kommen, erklärte er ihr, daß er von einem Wohltätig-
keitsbureau komme und absieht, sie, um ihre wirtschaftlichen
Verhältnisse zu prüfen und festzustellen, ob sie einer Unterstützung
würdig sei. Als die Frau sich erkundigte, was sie selbst weiter in
der Sache zu tun habe, machte ihr der Angeklagte unaufrichtige An-
erbietungen und erklärte ihr, daß weiter nichts dazu gehöre, als
daß sie ihm zu Willen sei. Frau W. wies dem Mann, der mit
einem Wohltätigkeitsbureau in keinerlei Verbindung steht, entrückt
die Tür, und er entfernte sich mit einer neuen beleidigenden Be-
merkung und rief der Frau zu, daß ihr Mann ihr doch im Felde
auch nicht die Treue halten würde.

Einige Tage später wiederholte der Angeklagte dieselbe Szene
bei der Portierfrau Wislawski.

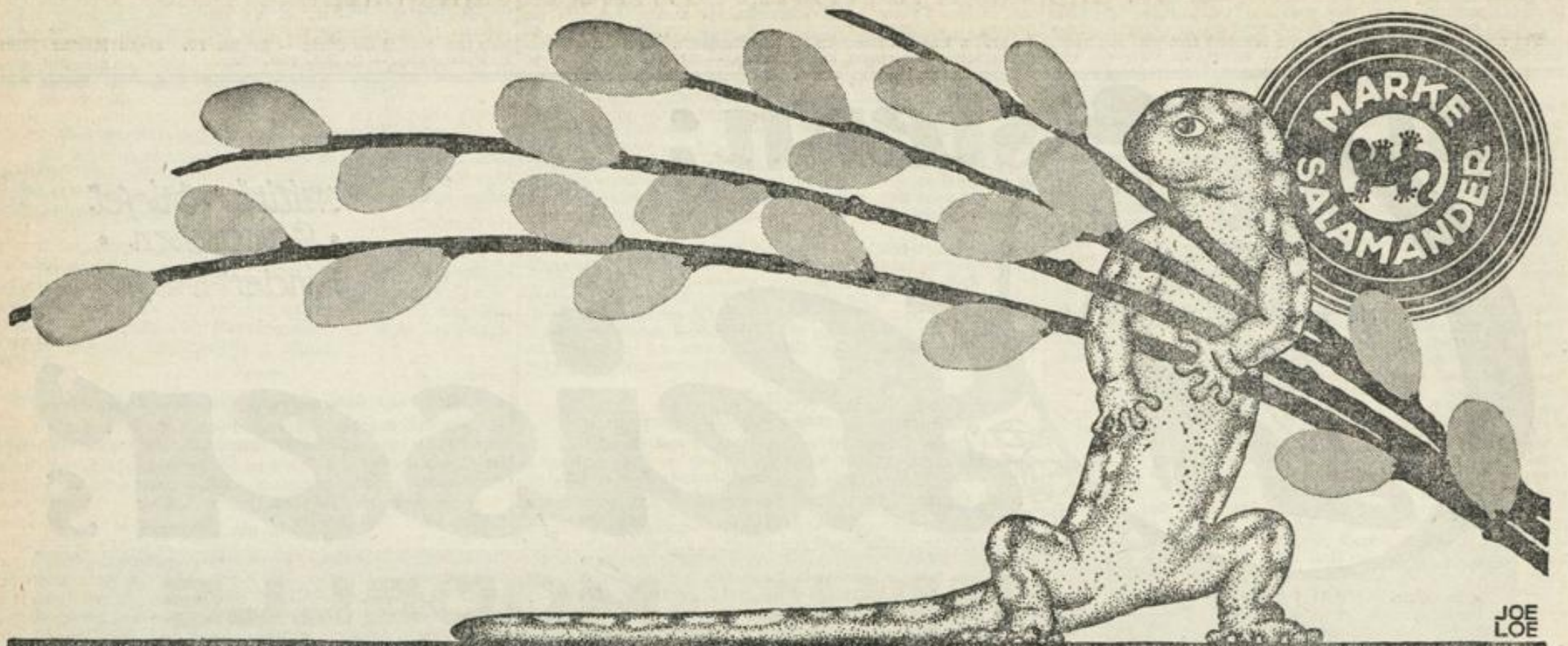
Der Staatsanwalt hielt dieses Gebaren des Angeklagten für
so gemein, daß er gegen ihn 1 Jahr 3 Monate Gefängnis be-
auftragte. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

Karfreitag und Ostersonabend fällt die Sprechstunde aus.

Die juristische Sprechstunde findet für Donnerstagen Abend, 3. IV. 1917,
erz. 12.00, fortgesetzt, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Samstag
von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder der die Sprechstunde bestimmten Anträge
ist ein Suchende und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche
Anfragen werden nicht erstat. Anfragen, denen keine Monatsentscheidung
beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Bitte fragen Sie man in der
Sprechstunde von, Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die
Sprechstunde mit.

— F. J. Die Berufsvereinschaft muß auch in dem Fall für den Unfall
aufkommen. Schicken Sie Ihren Beauftragten eventuell nach der Entlassung zu
uns in die Sprechstunde. Die Zeichen bedeuten Landsturm ohne Waffe



Salamander Stiefel für Ostern

Salamander Schuhges. m. b. H. Berlin
Zentrale Berlin W. 8, Friedrichstraße 182

Deutsches Theater
Direktion: Max Reinhardt.
8 Uhr: **Jedermann.**
Sonnabend: **Faust I.**
Ostermontag nachmittags, kleine Preise: Die deutschen Kleinstädter.

Kammerspiele
8 Uhr: **Wetterleuchten.**
Sonnabend: **Gawan.**

Theater für Donnerstag, 1. April:
Berliner Theater
8 Uhr: **Rausch.**

Deutsches Künstler-Theater
8 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
8 Uhr: **Der Waffenschmied.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8 Uhr: **Der Troubadour.**

Gebr. Herrnfeld-Theater
8 Uhr: **Helbring contra Helbring.**
Wo leben wir!

Klein-Oper Theater
8 Uhr: **Jettchen Gebert.**

Komische Oper
8.10 U.: **bold gab ich für Eisen.**

Komödienhaus
8 Uhr: **Hinter Mauern.**

Lessing-Theater
8 Uhr: **Ein Volksfeind.**

Lustspielhaus
8 1/2 U.: **Gebildete Menschen.**
Konrad Dreher a. G.

Metropol-Theater
8 Uhr: **Gr. Wohltätigkeitsvorstellung.**

Montis Operetten-Theater
Gastspiel Louis Treumann.
8 Uhr: **Hohheit Marie.**

Residenz-Theater
8 Uhr: **Johannisfeuer.**

Rose-Theater
8 Uhr: **Muttersegen.**

Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Faust I. Teil.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Nacht und Morgen.**
Z. I. M.

Thalia-Theater
8 Uhr: **Mein Leopold.**

Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 Uhr: **Die Ehre.**
Sonnabend 8 1/2 Uhr:

Theater des Westens
8 Uhr: Gastspiel Adele Sandrock:
Medea.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Ostern.**

Trianon-Theater
8 1/2 U.: **Akrobaten.**

Volksbühne-Theater am Bülowplatz
8 1/2 U.: **Sönke Erichsen**

Walhalla-Theater
8 Uhr: **Das Käthechen v. Heilbronn.**

URANIA
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Die Weichsel und die masur. Seen.

8 Uhr:
Auf d. Seidachfeldern Ostpreußens

Zirkus Alb. Schumann
Donnerstag, 1. April, Anf. 7 1/2 Uhr:
Große Galavorstellung.
Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr:
Ost und West.
Großes patriotisch. Schauspiel
aus der Gegenwart in 4 Akten.
Neue Einlage. Neue Einlage.

U-Boot
bei der Arbeit **Torpedieren**
sowie
eines **Handelsdampfers**
und die übrigen 5 Akte.
Große Schlussapotheose.
Morgen Karfreitag geschlossen!

WINTERGARTEN

Das **große**

Programm!

Rauchen gestattet!

SARRASANI

Wieder-Eröffnung

Sonnabend **3. April 1915**

nachm. **8 Uhr**
abends **7 1/2 Uhr** mit einem

NEUEN RIESEN-

PROGRAMM

Sonntag, den 4. April und
Montag, den 5. April, je

2 große Gala-Vorstellungen 2

Vorverkauf **Hermann Tietz** Leipzig Str. Alexanderpl.
Be-
kann
t billige
Preise.
Vorverkauf **Hermann Tietz** Leipzig Str. Alexanderpl.

Reederei Kahnt & Hertzner Fernspr. Städtg. 2062
Dampfer-Extrafahrten ab **Waisenbrücke.**
Karfreitag vorm. 10 Uhr nach **Krampenburg - Neue Mühle**
hin und zurück 59 Pf.
Am 1. und 2. folgende **Krampenburg**
Osterfeiertag u. Sonntage nach **Waisenbrücke.**
Abfahrt 2 Uhr. Hin und zurück 59 Pf.
Während der Vorarbeiten des Tunnelbaues befindet sich unsere
Abfahrtsstelle für die ersten Frühlings-
fahrten auf der anderen Seite der **Waisenbrücke.**

Berliner Schweiz.
Karfreitag u. Ostern Dampfer-Extra-
fahrten **Reederei Nohling, brücke.**
Abfahrt Karfreitag: vormittags 7 1/2 Uhr, hin u. zurück 60 Pf. —
Ostern: vormittags um 9 u. mittags 1/3 Uhr. Fahrpreis hin u. zurück
vormittags 70, nachmittags 80 Pf., Kinder die Hälfte. 216/10

Voigt-Theater.

Badstr. 58. Badstr. 58.
Sonntag, den 4. April (Osterfeiertag):
Vor-
angelegt **„Das Eulenhäus“.**
Montag, den 5. April (Osterfeiertag):
„Der Glöckner von Notre Dame“
Dienstag, den 6. April: „Gericht“.
Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.

Anfang 8 Uhr.
Militärpersonen u. deren
Angehörigen vollkommener
freier Zutritt zu den
Stett. Sängern.
An allen drei
Feiertagen:
Weihnachts-
abend
im Schönen-
garten.

Casino-Theater.

Losbrinner Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Heute Donnerstag und Sonnabend:
Osterglocken.
Dazu das ausgezeichnete Spezial-Programm
An allen Feiertagen abends 8 Uhr:
Der Herr Kommerzienrat.
Nachm. 4 Uhr: **Osterglocken.**

Theater Felies-Capriccio
8 1/2 U. Possen-Theater 8 1/2 U.

Donnerstag und Freitag
geschlossen.

In Freien Stunden

Die
Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannnten Marken **Zigaretten** zu **Originalpreisen.**
Amt Hpl. 3014.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Gahmisch, Adersstr. 174.
O. Karl Welle, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Ropen-
straße 22. R. Wenzel's, Markstraße 96.
NO. P. Juch, Annoncenbüro, 12. A. Neul, Barnimstr. 42.
N. A. Wolgast, Wallstraße 9. F. Fischer, Wallstraße 6.
Karl Mars, Grelleuhagener Str. 22. F. Hönisch, Wallstr. 31a.
S. Vogel, Bergstraße 37. A. Tieu, Invalidenstr. 124.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagener Str. 48.
NW. G. Schmidt, Schivelstr. 42. Tschu, Hagenberger Str. 27.
S. St. Preis, Prinzenstr. 31. S. Schwann, Rottbauer Danm 8.
SO. Paul Schu, Danziger Platz 14/15. V. Horich, Engelauer 15.
Adlershof, Karl Zavarziste, Bismarckstr. 23.
Baumschulenweg, S. Hornig, Marienbader Str. 13, L.
Borsigwalde, Paul Riehn, Rühnstr. 10.
Charlottenburg, Gustav Schwarzberg, Schenckener Str. 1.
Friedrichshagen, Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau, Franz Klein, Friedländerstr. 10.
Johannisthal, Max Goussur, Parkstr. 23.
Karlshorst, Oskar Schaarshmidt, Auguste-Viktoria-Str. 18.
Köpenick, Emil Wichter, Steyerstr. 6, Laden.
Lichtenberg 1, Otto Zeitel, Bartenbergstr. 1.
Lichtenberg II, A. Reizenberg, Alt-Bogdamer 56.
Neukölln, W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Germaunstr. 50.
C. Mohr, Siegfriedstr. 28/29.
Nieder-Schöneeweide, W. Harab, Bräunerstr. 10.
Nowawes, Karl Krohnberg, Friedländerplatz 27.
Ober-Schöneeweide, Alfred Bader, Büchsenmacherstr. 17, Laden.
Pankow, Otto Rittmann, Wälderstr. 33.
Reinickendorf, V. Gurid, Grootingstr. 56, Laden.
Schöneberg, Wilhelm Baumier, Martin-Luther-Str. 60 im Laden.
Spandau, Köppen, Breitenstr. 64.
Steglitz, S. Bernice, Alsenstr. 5.
Tempelhof, Joh. Krohn, Vorstraße 62.
Treptow, Robert Gramen, Reibholzstr. 412, Laden.
Weißensee, Fuhrmann, Seemannstr. 105. Schäfers, Seefischer Allee 253.
Wilmerdorf, Paul Säubert, Bild-Landsau 27.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 188 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

1. und 5. Garde-Inf.-Reg.; 2. Garde-Reg.-Inf.-Reg.; Garde-Grenadier-Regiment Alexander, Franz und Elisabeth; Garde-Püskies-Reg.; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Püskies-Regiment Nr. 2, 3, 5, 9, 10, 17, 18, 20, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 36, 41, 42, 43, 45, 46, 55, 56, 58, 59, 67, 68, 69, 70, 71, 73, 76, 77, 81, 86, 88, 96, 97, 112, 128, 131, 135, 140, 141, 145, 148, 150, 151, 156, 160, 165, 167, 168, 169, 172, 173, 176; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 2, 3, 5, 6, 8, 15, 18, 20, 21, 24, 30, 33, 38, 48, 49, 57, 68, 69, 71, 74, 75, 76, 78, 79, 83, 84, 92, 100, 110, 202, 205, 206, 210, 214, 219, 220, 224, 225, 235, 236, 237, 240, 250, 251, 252, 254, 255, 256, 257, 259, 262; Ersatz-Inf.-Regiment Nr. 29, Groppe, v. Gumbach, Königsberg II und III; Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 4, 5, 6, 10, 28, 30, 31, 34, 37, 39, 40, 51, 53, 61, 73, 84, 118; Landwehr-Ers.-Reg. Nr. 2; Landw.-Inf.-Bat. Altenburg; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 15, 38, 40, 44; Landsturm-Inf.-Bataillone Hirschfelden, 3. Brandenburg a. S., II Breslau, II Darmstadt, I Hagenua, Mühlhausen i. Thür., II Münster, III Posen; Garnisondienstfähiges Bataillon Graudenz in Soldau; Jäger-Bat. Nr. 2, 11; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 1, 3, 5, 10, 20, 24; Maschinengewehr-Abteilung Nr. 7; Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 7, 9, 14, 15.

1. Garde-Mann; Kürassiere Nr. 4; Dragoner Nr. 7, 13; Husaren Nr. 3, 5, 10, 13; Mannen Nr. 4; Ref.-Mann Nr. 1; 1. Landwehr-Eskadron des 1. Armeekorps.

Feldart.-Regiment Nr. 1, 8, 10, 14, 17, 19, 23, 28, 51, 52, 67, 69; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 1, 21, 43, 56, 60, 61, 64.

2. Garde-Landwehr-Fußart.-Bat.; Fußart.-Reg. Nr. 15; Art.-Division der Division von Brühl; Ref.-Fußart.-Regiment Nr. 5, 7, 14, 15, 18; Landwehr-Fußart.-Bat. Nr. 6; Ref.-Fußart.-Bat. Nr. 25.

Pionier-Regiment Nr. 19, 29, 30; Pionier-Bataillone: I. Nr. 5, II. Nr. 8, O. und III. Nr. 16, II. Nr. 21; Ref.-Pionier-Bat. Nr. 33; Pionier-Ersatz-Bat. Nr. 9; Versuch-Pionier-Komp.; 15. Ref.-Pionier-Komp.; 1. Landwehr-Pionier-Komp. des 2. Armeekorps; 1. Landsturm-Pionier-Komp. des 7. Armeekorps; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 5.

Fernsprech.-Abt. des 8. Reservekorps; Feldluftschifftruppe; Kraftwagen-Depot der 5. Armee; Festungs-Kraftwagenpark Posen. Inf.-Munitionskolonnen Nr. 4 des 9. Armeekorps.

Armierungs-Bataillone Nr. 1, 3 und Bruchsal. Sanitäts-Komp. Nr. 3 des 8. und Nr. 1 des 11. Armeekorps; Kriegslazarett-Abt. 1 des 3. Armeekorps.

Train-Abteilungen Nr. 11, 17; Schwere Proviant-Kolonnen Nr. 2 des 11. und Nr. 1 des 20. Armeekorps; Fußart.-Kolonnen Nr. 3 des Gardekorps; Ref.-Fußart.-Kolonnen Nr. 17 des 6. Armeekorps; Magazin-Fußart.-Kolonnen Nr. 53 der 9. Armee; Festungs-Fußart.-Kolonnen Nr. 2; Etappen-Päckerei-Kolonnen Nr. 1 der 7. Armee.

Die württembergische Verlustliste Nr. 147 bringt Verluste der Inf.-Regiment Nr. 119, 120, 121, Grenadier-Regiment Nr. 123, Inf.-Reg. Nr. 124; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 124; Inf.-Reg. Nr. 125; und 126; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 248.

Die württembergische Verlustliste Nr. 148 bringt Verluste der Inf.-Regiment Nr. 120, 127; 2. Abt. Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 29, Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 54; 2. Feldpionier-Komp.; 2. Train-Abteilung.

Aus Groß-Berlin.

Am Sonnabendmorgen erscheint der „Vorwärts“ in demselben Umfang wie sonst am Montag.

Frühling in der Wuhlheide.

Warm steht die Frühlingssonne über den Eichen der Wuhlheide. Sie dringt hinunter mit ihren Strahlen bis auf den Boden und weckt darin die Säfte, damit sie in die Stämme und Äste steigen, Knospen treiben und die Bäume bald belauben.

Auf den umgeschlagenen Stämmen sitzen die Frauen aus dem nahen Fabrikort mit ihren Kindern. Sie erzählen sich. Natürlich nur von dem einen, was alle Herzen bewegt. Im Vorbeigehen erhascht man bei allen Gruppen die Andeutung der einen großen Sehnsucht, die alle beseitigt, hört man den Wunsch, daß der eine, der fehlt, doch bei ihnen wäre.

Durch die Luft klingt das Rattern von Motoren. Ein Zeppelin streicht über den Wald hin. Es ist eigentümlich: er erregt nicht mehr die Aufmerksamkeit wie sonst. Die Frauen unterbrechen kaum ihre Unterhaltung, die Kinder kaum ihr Spiel.

Eine Schar Jungen mit glühenden Köpfen, Holzäbel, Gewehre in der Hand rennen schnatternd und lächelnd vorüber. Sie spielen Krieg. Sie sind eine Kavallerieabteilung, die den Zeppelin verfolgt. „Puff! Puff!“ rufen sie, die Rindergewehre anlegend. „Er fällt! Er fällt!“ Ja hab' ihn getroffen!“ schreit der Anführer. Die Phantasie der Jungen ist glühend wie ihre Köpfe.

Auf dem Pfad, der durch den Riesenrindenschlag sich windet, geht ein Pärchen. Er ist ein Verwundeter; sein Kopf und das halbe Gesicht sind in weiße Binden gewickelt, mühsam stützt er sich auf seinen Stock und sein Mädchen. Ost muß er stehen bleiben, und jedesmal neigt das Mädchen den Kopf zurück in den Nacken und er beugt sein halb verhülltes Gesicht über das der Geliebten. Das gibt Kraft. Dem frischer und leichter geht es wieder voran. Sie stehen am Waldrand gegenüber der Rennbahn. Ueber die Rohrlose hat die Sonne einen feinen leichten Schleier gedreht. Ein Zitronenfalter gaukelt noch ein wenig schwerfällig daher. In den braunen Haaren des Mädchens spielt der Wind, der lind und weich weht. Die Wangen des Mädchens sind rot; die Augen leuchten. Der Soldat schaut auf das kleine im Sonnenlicht liegende Stückchen Wald; er schaut auf sein Mädchen; seine Brust hebt sich und wie einem Auserwählten kommt es tief aus seinem Innern: „Du, das ist schön!“

Am Hauptgraben der Rohrlose stehen mit ihren Rättschern die Kinder. Wehe dem Salamanderchen, das der warme Sonnenschein verlockt hat, den Winterlöcher zu unterbrechen. Die kleinen Fischer sind schnell und geschickt. Zwei Alte stehen bei den Jungen und erzählen ihnen von vergangener Zeit, wo sie hier am Hauptgraben Rechte gefangen hätten. Die Jungen hören es. Aber ihre Gesichter sind gar ungläubig. Und je ungläubiger die Gesichter der Jungen werden, desto größer und mehrpfündiger werden die gefangenen Sechse der Alten.

Die Sonne streichelt mit ihren warmen Strahlen Gesichter und Hände. Es geht sich so schön. Und doch, es quillt etwas heraus aus dem Herzen. Es ist wie ein Vorwurf, daß man hier so langsam durch die warme Frühlingssonne geht und draußen, draußen im Felde...

An einem Eichbusch mit zerzaustem, schmutzig rotgelbem Laub sitzen drei junge Arbeiterinnen. Sie strecken ihre Füße der Sonne entgegen. Sie kann durchdringen durch die Stiefelsohlen. Die Mädchen lachen nicht. Sie schauen tief ernst in die sie anlockende Frühlingswelt. In ihre Gesichter hat die Not mit hartem Griffel geschrieben; an ihrer Kleidung hat sie gezauft. „Morgen frage ich nochmal bei Quern an“, sagte eine der Arbeiterinnen. „Nischt zu machen; die stellen niemand mehr ein“, meint die andere. Da richtet sich die dritte auf und erklärt entschlossen: „Quatsch nich so. Du gehst morgen mit zum Verband. Da finden wir schon wat!“

Nach dem Bahnhof Sadowa hasten eilig, halb laufend, Scharen von Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie haben ihre neunstündige Schicht hinter sich. Jetzt schnell, damit der Zug erreicht wird! Sie haben keine Zeit, des Frühlings zu achten. In tiefem Atemzug stoßen sie die Frühlingsluft aus den Lungen. Aber nur keinen Aufenthalt, keinen Blick hinauf zur Sonne, kein Umsehen, nur ein Vorwärtshasten: Der Zug kommt. Vorüber geht ein älteres Ehepaar. Die Frau sagt zu ihrem Mann: „Daß die Menschen immer so unvernünftig laufen!“ Er zuckt die Achsel. Aber wie als Antwort sagt ein Arbeiter zu seinem Kameraden: „Mensch, ich will heut noch mit'm Umgraben fertig werden. Ja hab's Feigen versprochen, daß ich ihn sein Land in Ordnung bringe, damit er wenigstens Kartoffel hat, wenn er zurückkommt.“

Die Sonne sinkt und malt Blutsfleckchen an die einzelnen weißen Wolken. Schön steht der Birfenschlag im rötlichen Abendhimmel. Die Räder spielen an den weißen Stämmen. Die Sonne ist gesunken. Kühler weht der Wind. Leicht fröstelnd knüpft man die Jacke zu und durch das Herz zittert leise der Zweifel: „Wirds Frühling werden?“

Karfreitag und Osterfestabend fällt die juristische Sprechstunde aus.

Die Schulspeisung in falscher Beleuchtung.

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht eine „Betrachtung“ eines erfahrenen Berliner Schulmannes über die Frage der Schulspeisung, die den bündigsten Beweis dafür liefert, daß der „erfahrene Schulmann“ von dem von ihm behandelten Gegenstand nicht die geringste Kenntnis besitzt. Schon der erste Satz seiner Behauptung enthält milde gesagt eine — Ungenauigkeit. Er sagt: „Während des Krieges ist der Etat für die Schulspeisung in Berlin ganz bedeutend gestiegen und die städtische Verwaltung hat verschiedentlich große Summen nachbetwilligen müssen, um die Anforderungen zu bestreiten.“ Der Schulmann hätte doch genauer sein und bestimmte Tatsachen angeben können. Natürlich ist der Etat infolge des Krieges stark gestiegen, jedermann in Berlin weiß, wie es in den ersten Monaten nach dem Kriege ausah und weswegen die vielen Forderungen von den verständigsten Körperschaften ins Werk gesetzt wurden. Nicht zum Vergnügen geschah das, sondern um den Schulkindern zu helfen. Unter diesen Umständen litt auch die Stadt und die Ausgaben für die Schulspeisung steigerten sich sehr erheblich. Die Kosten hierfür hat die Stadtverordnetenversammlung erst vor drei Wochen bewilligt und zwar in Höhe von 350 000 M. auf einmal; nicht wie der „erfahrene Schulmann“ sagt, „verschiedentlich große Summen“.

Abgesehen von dieser mehr nebensächlichen nur für die wenig gewissenhafte Darstellung zugehenden Bemerkung ist bemerkenswert was der Artikelschreiber der „Vossischen“ über die Gründe der erhöhten Inanspruchnahme der Schulspeisung sagt. Er schreibt:

Die dem wirklichen Bedürfnis nicht entsprechende Steigerung der Schulspeisung ist zum guten Teil auf die Tätigkeit einzelner Wohlfahrtsvereine zurückzuführen. Immer häufiger werden die Anträge auf Freispeisung damit begründet, daß diese Vereine eine Unterstützung von der Vorlegung der Speisemarken der schulpflichtigen Kinder abhängig machen. Das sollte nicht sein! Der Besitz einer Speisemarkte ist wirklich kein untrüglicher Beweis für die Bedürftigkeit. Ist denn nicht von den Behörden einwandfrei festgestellt worden, daß in Schulen, die unter demselben Dach wohnen, also von Kindern derselben Familien besucht werden, ganz gewaltige Unterschiede in der Zahl der Freispeisungen bestehen? Auf die Ursachen dieser Erscheinung soll hier nicht eingegangen werden; aber die Praxis dieser Vereine erklärt den Schulen die sorgfältige Prüfung und zieht ihnen den Vorwurf persönlicher Mißgunst und Parteilichkeit zu, der das notwendige Einvernehmen zwischen Schule und Haus zerstört. Doch sie gefährden auch — selbstverständlich ungewollt — das Familienleben.

Gerade durch die Fürsorge um des Lebens Nahrung und Notdurft wird die Mutter Mutter, und besonders das Mittagsmahl vereinigt alle Glieder der Familie um den Tisch, während erfahrungsgemäß bei den unteren Volksschichten die anderen Mahlzeiten dieses Sammeln weniger bewirken. War es nicht in erster Linie dieser Gesichtspunkt, der den Verein zur Speisung Notleidender veranlaßte, Nahrungsmittel in natura zu geben? Die öffentliche Speisung birgt, wenn sie die Grenze wirklicher Not überschreitet, eine nationale Gefahr, und die wird nicht geringer durch ein mitleidiges Herz und die lobenswerte Absicht des Wohlwuns. Daß die Schulspeisung in ihrer heutigen Form ein Segen ist, wird der nicht behaupten können, der ihr wiederholt unaussäglich beigewohnt hat. Was der Körper gewinnt, geht Geist und Gemüt verloren. Das Benehmen der Kinder, besonders der größeren Knaben, ist mitunter geradezu empörend. Die bedienenden Frauen und die Aufsicht führenden Damen sind ihnen gegenüber machtlos.

Die vorstehenden Darlegungen beweisen, daß der Verfasser den Grundgedanken der Schulspeisung nicht erkannt hat. Was zunächst den Geschäftsgang betrifft, so geben Anträge auf Freispeisung nicht an einen Verein, sondern sie müssen an die Schule gerichtet werden. Speisung soll gewährt werden, wenn die Eltern für ihre Kinder kein warmes Mittagessen beschaffen können, also auch dann, wenn Vater oder Mutter, oder auch beide gezwungen sind, außer dem Hause ihrer Arbeit nachzugehen. Gerade das regelmäßige warme Mittagessen soll dazu dienen, die Kinder zur besseren Aufnahme des Unterrichts zu befähigen; ist also als ein direkter Schulzweck anzusehen und nicht lediglich vom Standpunkt des bloßen Sattmachens der Kinder. Was nützt der beste Unterricht, wenn die Kinder infolge ständiger Unterernährung ign nicht aufzunehmen vermögen. Das sollte in erster Linie ein erfahrener Schulmann wissen. Und er sollte diesen Schulzweck nicht beeinträchtigen durch Sätze, wie folgende:

„Die Schulspeisung ist doch unbestreitbar ein Teil der Armenfürsorge und sollte ebenso wie diese nur von den

Armenkommissionen bearbeitet, allein aus städtischen Mitteln bestritten und unter städtischer Aufsicht ausgeführt werden. Die heutige Mitwirkung der Armenkommissionen reicht nicht aus. Erst wenn jeder Antrag wie alle anderen Eingänge sorgfältig geprüft und in den Sitzungen besprochen wird, wird man die wirklich Notleidenden herausfinden.“

Unrichtig ist, daß die Schulspeisung ein Teil der Armenfürsorge ist. Sie war es noch nicht und darf es noch viel weniger in Zukunft werden. Im Gegenteil: die Armenkommissionen müssen in Zukunft ausgeschlossen werden von der Frage der Schulspeisung. Das ist auch im Interesse der Sache von Bedeutung. Die Prüfung der Anträge kann die Schule selber vornehmen. In der Hauptsache kennt der Lehrer seine Kinder — und wir haben zur Schule das Vertrauen, daß nur da gegeben werden wird, wo es nötig ist. Im übrigen beschäftigt sich jetzt die Deputation für Schulspeisung mit der Angelegenheit, und wir hoffen, daß ihre Beratungen einen Weg gehen werden, auf dem den Kindern, der Stadt und der Allgemeinheit am besten gedient wird.

Auf der Wohnungssuche für eine Kriegerfrau.

Für Kriegerfrauen Wohnung zu suchen, ist in der heutigen Zeit eine Aufgabe, die unglaubliche Geduld erfordert. Etwa vor kurzem im Norden Berlins eine Kriegerfrau so lebensgefährlich, daß sie das Krankenhaus aufsuchen mußte. Die Ärzte nahmen sich der mit dem Tode ringenden Frau aufs wärmste an und halfen die Krise überwinden. Die Frau bewohnte aber eine dumpfige Kellerwohnung und darf unter keinen Umständen in diese Wohnung zurückkehren; sie hatte auch rechtzeitig die Wohnung gekündigt. Eine andere Wohnung konnte sie selber nicht finden; denn die Frau durfte das Krankenzimmer noch nicht verlassen. Ihre Wohnung ist aber auch schon neu vermietet. Es muß also eine neue Wohnung gesucht werden. Verwundete Frauen machten sich auf die Suche, um für die noch im Krankenhaus liegende Frau ein Heim zu suchen. Sie gingen zu diesem und zu jenem Hausbesitzer, überall abgewiesen, nachdem der Hauswirt hörte, daß es sich um eine Wohnung für eine Kriegerfrau handelte. Nach vielen Mühen gelang es, eine passende Wohnung zu finden und auch Wirtskleute breit zuschlagen, die keinen Anstoß an der Kriegerfrau nehmen wollten, wenn der von ihnen früher geforderte Mietzuschlag dadurch möglich würde, daß für die Kriegszeit eine höhere Miete eingesezt würde. In diese Verleserung wurde im Interesse des Unterkomens der Kriegerfrau eingewilligt. Aber am anderen Tage kam schon die Abgabe. Die Wirtskleute hatten sich erkundigt und erfahren, daß die Zuziehende in der alten Wohnung noch eine kleine Restschuld hatte, und die Forderung wurde zurückgezogen. Jetzt geht es erneut auf die Wohnungssuche. Wie lange werden die Hilfsbereiten noch suchen müssen?

Knochenfleisch oder Fleischknochen.

Die Fleischkonservenfabriken haben die großen Aufträge für Lieferungen an die Heeresverwaltung teils ganz, teils bis auf geringe Mengen erledigt. Mehrere Fabriken haben den Betrieb schon seit einiger Zeit eingestellt. Für die ärmere Bevölkerung ist dadurch die Zeit noch ungünstiger geworden. Die Knochenfleischhändler sind meist in Not geratene Fleischermeister, die durch den Knochenfleischhandel wieder eine rentable Einnahme haben. Sie zahlen für das Knochenfleisch ziele 7 Mark pro Zentner, verkaufen aber bisher noch pro Pfund mit 15 Pfennig. Jetzt ist dieses Knochenfleisch sehr knapp, die Nachfrage aber groß. Die Detailpreise sind infolgedessen gestiegen auf 20 Pf. pro Pfund, Marktweine sogar auf 30 Pf. Die Knochenfleischhändler suchen aber besser als sonst auf ihre Rechnung zu kommen, sie wollen jetzt das Fleisch ab und verkaufen es als Gulasch oder Hackfleisch zu 80 Pf das Pfund. Die ärmere Bevölkerung erhält also jetzt für höhere Preise geringere Ware, die nicht mehr die Bezeichnung Knochenfleisch, sondern Fleischknochen verdient.

Die Auskunftsstelle des Zentral-Nachweise-Bureaus des Kriegsministeriums, Dorotheenstraße 48, ist am Karfreitag und an den beiden Osterfesttagen nur von 12—2 Uhr geöffnet.

Eine große Diebesbande wurde von der Kreispolizei Kriminalpolizei eingeschlossen gemacht. Schon seit längerer Zeit hatten die Speditoren und Fuhrunternehmer darüber zu klagen, daß wertvolle Teile ihrer Ladungen von den Kollwagen und anderen Fuhrwerken auf der Straße spurlos verschwanden. Auf die Klagen fiel um so weniger Verdacht, als sie stets sofort bei der Polizei Anzeige machten. Jetzt stellt sich heraus, daß gerade die Kollwagen, die die Anzeige machten und sich beschwerten, selbst die Diebe waren. Sie gingen heimlich in die Hand arbeitend, lud ein Kollwagen seine Waren auf den Wagen des anderen über. Dieser brachte sie nach bestimmten Stellen, wo die Diebe schon standen, um sie zu übernehmen. Einige Kollwagen leerten auch ihre Wagen ganz und ließen dann die Geheime irgendwo herrenlos stehen. Es gelang endlich, zwei Diebesnester in Berlin bei einer Produzentenhändlerin Frau Anna Gwisdek in der Schmidstraße und bei einer Frau Stadtmüller in der Alten Jakobstraße zu entdecken. Hier fand man eine große Menge Stoffe aller Art, Wolle, Leinwand usw. Verhaftet wurden als Diebe die Kollwagen Wili Nowka, Woleslaus Stahl, Arthur Wlach und Otto Froberg und als Dieber Frau Gwisdek, ein gewisser Fritz Puhmann und ein Arbeiter Karl Vorn. Sie alle wurden gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis (w e i b l i c h e Abteilung) teilt den Hausfrauen mit, daß sein Bureau für Arbeitsnachweis, Waisen- und Reimachfrauen, Plätterinnen, Ausbilden und Aufwärtserinnen in den Sommermonaten bereits um 7 Uhr geöffnet wird. Bestellungen werden von 7—1 Uhr entgegengenommen; telephonisch: Amt Norden 3791—3797, oder durch Postkarte: Berlin O 54, Räderstraße 9.

Der Botanische Garten in Dahlem ist am Karfreitag und Osterfesttag von 2—7 Uhr nachmittags für den allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener freien Zutritt.

Aus den Gemeinden.

Fleisch- und Fischverkauf durch die Stadt Wilmersdorf. Die städtische Fleischhalle von Wilmersdorf, die sich im Hauke Berliner Straße 40 befindet, verkauft jetzt auch große Mengen von Jungschweinefleisch. Es kommt reichlich auf den Markt, weil Abschaltung vieler Jungschweine nötig geworden ist, um die Verfüterung von Kartoffeln usw. einzuschränken. Die Fleischhalle hat in den zwei Jahren ihres Bestehens sich zahlreiche Kunden erworben: im letzten Jahr besuchten hier rund 400 000 Besucher, die für mehr als 1/2 Million Mark Fleisch- und Wurstwaren kauften. Auf demselben Grundstück ist die städtische Fischhalle untergebracht, die schon etwas früher eingerichtet wurde. Sie verkauft frische Fische und Räucherwaren, und auch eine städtische Kartoffelverkaufsstelle befindet sich hier. Im letzten Jahr wurde die Fischhalle von rund 812 000 Käufern

Befucht, deren Einkäufe den Betrag von mehr als 150 000 Mark erreichten. In der Fischhalle wie in der Fleischhalle haben die Verkaufsräume eine schlichte aber freundliche und saubere Ausstattung, die einladend wirkt. Die oben angegebenen, sehr beträchtlichen Verkäufe und Umsatzziffern lassen erkennen, daß ein fester und treuer Kundenstamm vorhanden ist. Fleischhalle und Fischhalle sind ganz Gemeindebetriebe, geschaffen zu dem Zweck, einen preisregulierten Einkauf auf den Fleisch- und Fischmarkt in Wilmerdorf auszuüben. Einkauf und Verkauf wurden durch städtische Angestellte für Rechnung der Stadt besorgt. Bisher sind noch keine Zuschüsse erforderlich geworden; etwaige Ueberschüsse kommen den Betrieben selber zugute und dienen ihrer Verbesserung. In der jetzigen Kriegszeit bewährt das in Friedenszeiten geschaffene Unternehmen sich zugleich als wirksame Hilfe, die Nahrungsmittelversorgung zu erleichtern. Zu wünschen ist, daß andere Gemeinden hieraus eine Lehre ziehen. Solche Einrichtungen verdienen nachgehakt zu werden, nicht nur in Kriegs-, sondern auch in Friedenszeiten. Auch größere Gemeinden sollten daran zu lernen suchen.

180 Prozent Steuerzuschlag in Nowawes.

Der neue Etat wurde in der letzten Gemeindeverordnetenversammlung in erster und zweiter Lesung angenommen. Er balanciert mit 1 322 500 M. (i. B. 1 887 500 M.) und übersteigt im Endresultat den vorjährigen um 65 000 M. In seinen Erläuterungen wies der Bürgermeister darauf hin, daß diesmal mander berechnete Wunsch zurückgestellt werden müßte, um die Ausgaben möglichst niedrig zu halten. Aus diesem Grunde habe man auch bei manchen Ausgaben Abstriche gemacht und von Neubauten und Neupflasterungen Abstand genommen. Bei den Einnahmen weisen ein Weniger folgende Kapitel auf: Allgemeine Verwaltung 19 300 M., Polizeiverwaltung 3500 M., Grundstücks- und Straßenverwaltung 4500 M., Kanalisationsverwaltung 900 M., Steuerverwaltung 1934 M.; die Mindereinnahme beträgt also insgesamt 30 588 M. Mehreinnahmen bringen folgende Kapitel: Friedhofverwaltung 910 M., Schulverwaltung 918 M., Kapital- und Schuldenverwaltung 73 584 M., Elektrizitäts- und Straßenbahnverwaltung 20 000 M., Jugendein 171 M.; die gesamten Mehreinnahmen betragen somit 93 588 M. — Bei den Ausgaben erfordern die nachfolgenden Kapitel Mehraufwendungen: Allgemeine Verwaltung 3700 M., Polizeiverwaltung 2400 M., Friedhofverwaltung 910 M., Schulverwaltung 11 520 M., Armenverwaltung 5100 M., Kapital- und Schuldenverwaltung 31 988 M., Elektrizitäts- und Straßenbahnverwaltung 11 000 M., Steuerverwaltung 5000 M., Jugendein 380 M.; insgesamt eine Mehrausgabe von 72 500 M. Minderausgaben weisen auf: Kapitel Grundstücks- und Straßenverwaltung 5700 M., Feuerlösch- und Fahrwesen 900 M., Kanalisationsverwaltung 900 M.; das Weniger an Ausgaben beträgt also 7500 M.

Der Einkommensteuerzuschlag wurde wegen der verminderten Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern sowie wegen der hohen Ausgaben für Kriegsvorsorgezwecke von 180 auf 189 Proz. heraufgesetzt. Die übrigen Zuschläge bleiben in bisheriger Höhe bestehen.

In der Diskussion begründete Gemeindeverordneter Nathan die Notwendigkeit der Zuschlagserhöhung unter Hinweis auf die enormen Ausgaben und den Steueranstieg infolge des Krieges. Ohne Dazwischenkunft des Krieges wäre es noch möglich gewesen, den Zuschlag um 8-10 Proz. herabzusetzen. Trotzdem hoffe er, daß sich niemand gegen die Erhöhung sträuben werde, da auch viele Nachbargemeinden in der gleichen Zwangslage sich befänden. Nach einer eingehenden Schilderung der von der Gemeinde bisher geschaffenen Vorrichtungen und der dafür aufgewendeten Geldmittel wandte sich Redner mit scharfer Kritik gegen den in manchen Kreisen gedachten Gedanken einer Eingemeindung nach Potsdam. Unter Abwägung der eventuellen Vor- oder Nachteile, besonders aber unter Berücksichtigung des im Verhältnis zu Potsdam schnelleren Wachstums unseres Industrieortes, kam er zu dem Schluss, daß eine Eingemeindung nach Potsdam für unsere Gemeinde das größte Unglück wäre. Für die Gemeinde gelte der Grundsatz: „Eingemeinden wollen wir, aber wir wollen uns nicht eingemeinden lassen!“ Die Zukunft der Gemeinde liege im Anschluß an den Zeltowkanal, wozu sich jetzt die erste Gelegenheit biete. Genosse Reumann schloß sich den Ausführungen des Vorredners an, betonte jedoch, daß er mit seinen Fraktionskollegen auf dem Standpunkt stehe, nicht die Gemeinden, sondern der Staat sei zur Tragung der durch den Krieg bedingten Geldopfer verpflichtet. Bezüglich des Etats hätte auch er noch manche Wünsche, doch müsse er dieselben in Anbetracht der Verhältnisse zurückstellen. — Vom Kaufmann Kohlschadt war ein schriftlicher Protest eingegangen gegen die in der letzten Sitzung ausgesprochene Ungültigkeitserklärung der Wahl für die 2. Abteilung. Nach Klarlegung des Sachverhalts durch den Bürgermeister, wurde der Protest zurückgewiesen. — Zur Verstärkung des Armentfels aus dem Vorjahr wurden 500 M. nachbewilligt.

Gemeindevahlergebnis in Alt-Ostanie.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevorstandswahl für die dritte Klasse erhielt Genosse Zimmerer Wilhelm Dürr 163 von 167 abgegebenen gültigen Stimmen. Die Wahlbeteiligung kam als eine gute bezeichnen werden. In der zweiten Klasse waren von den Grundbesitzvereinen zwei neue Kandidaten aufgestellt worden. Von unserer Seite kandidierte Genosse Gustaf Hähig. Es erhielten von 87 abgegebenen Stimmen Kaufmann Raler 52, Landwirt Gammann 22 und Genosse Hähig 13 Stimmen. Bei den bürgerlichen Parteien kam eine recht kräftige, persönliche Gehäufigkeit zum Vorschein, die kaum mit dem Burgfrieden in Einklang zu bringen ist.

Soziales.

Der Badmeister mit vier Händen.

Einen originellen Badmeister hatte eine Berliner Großbäderei in ihren Diensten, wie sich in einer Verhandlung vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts ergab.

Der betreffende Badmeister hatte bei dem Unternehmen eine Vertrauensstellung, er leitete ganz selbständig eine Filiale sowohl gewerblich wie kaufmännisch. Nach dem der Firma eingereichten Lohnbuchern arbeitete der Meister mit drei Gefellen, die Abrechnungen der einzelnen Wochen enthielten jedesmal die Lohnentragung für drei Hilfskräfte. Als eines Tages eine Revision der Filiale vom Hauptgeschäft aus erfolgte, fiel es dem Kontrollbeamten auf, daß nur zwei Gefellen in der Badstube zu sehen waren. Auf die erstaunte Frage, wo denn der dritte Gefelle wäre, gab der tüchtige Badmeister schlagfertig zur Antwort: „Der bin ich, denn ich arbeite für zwei.“ Der dritte Gefelle lebte, wie die weitere Untersuchung ergab, tatsächlich nur in den Lohnbüchern, und der Lohn dieses erdichteten Gefellen war in die Taschen des Badmeisters geflossen. Dies von der Form etwas abweichende Verrechnungsverfahren fand indessen nicht die Billigung der Großbäderei, welche die Entlassung des „für zwei“ arbeitenden Badmeisters verfügte. Das Kaufmannsgericht, bei dem der Badmeister als Kläger auftrat, verwies den Rechtsstreit aus Gründen der Unzuständigkeit an das Gewerbegericht.

Krieg und Arbeitsvertrag.

In der schon öfter erörterten Frage, ob im Falle vorzeitiger Entlassung die Lohn Differenz eingeklagt werden kann, die infolge einer durch den Krieg bedingten Lohnherabsetzung entstanden ist, gelangte die Kammer 6 des Gewerbegerichts zur Abweisung mit einer recht ansehnlichen Begründung.

Der Gastwirt Jorderst hatte durch Vermittlung des Verbandes der Gastwirtschäften mit seinen Kellnern vereinbart, daß sie während der Dauer des Krieges auf einen Teil ihres Lohnes verzichten. Er versprach dafür, seinen Betrieb im vollen Umfange aufrechtzuerhalten. Ende Dezember wurde dennoch ein Kellner entlassen, ohne daß ein irrtümlicher Grund nachgewiesen werden konnte. Der Entlassene sah nun die getroffene Lohnabrede als nicht erfüllt an und klagte auf Nachzahlung der zu wenig erhaltenen Beträge, auf insgesamt 60 M.

Nach längerer Beratung riet das Gericht dem Kläger, seinen Klageantrag dahin abzuändern, daß er nicht auf Nachzahlung der Lohn Differenz, sondern auf Innehaltung des abgeschlossenen Vertrags, d. h. auf Weiterbeschäftigung für die Dauer des Krieges gegen den vereinbarten Lohnsatz, klage. Darauf ging der Kläger nicht ein und wurde nun abgewiesen. Vorsitzender Magistratsrat Schulz führte noch dazu aus: Es erscheine reichlich zweifelhaft, ob die Lohn Differenz eingeklagt werden könne oder ob nicht vielmehr die logische Folge der Entlassung die wäre, daß der Angestellte lediglich beanspruchen kann, den Verträgen auf Grund des Vertrags zu verurteilen, ihn, den Kläger, zu dem vereinbarten Lohnsatz von 50 M. bis zum Ende des Krieges zu beschäftigen. Durch die Entlassung werde der Vertrag keineswegs ungültig, und deshalb könne auch nur auf dessen Innehaltung geklagt werden.

Das Urteil übersteht, daß die Vereinbarung über Herabsetzung des Lohnes ungültig war, weil die Uebereinstimmung des Willens fehlte, während der Dauer des Krieges solle die Kündigung ausgeschlossen sein, und weil ferner § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes den Verzicht auf einen Teil des Lohnes für rechtswirksam erklärt. Immerhin ist es gegenüber der leider schwankend gewordenen Praxis angebracht, in ähnlichen Fällen den Klageantrag dahin zu formulieren: „den abgezogenen Lohn nachzahlen, eben zu dem Tage der Entlassung ab bis zur Beendigung des Krieges den vereinbarten Lohn zu zahlen“ und sich zum Wiedereintritt bereitzuerklären.

Zwangsvollstreckung gegen Militärpersonen.

Eine allgemeine Verfügung des preussischen Justizministers, die unterm 18. März ergangen ist, erinnert daran, daß nach § 752 Abs. 1 der Zivilprozessordnung und nach § 8 Abs. 1 der Verordnung vom 15. November 1899, betreffend das Verwaltungszwangsvollstreckungsverfahren wegen Verweigerung von Geldbeiträgen gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärperson die Zwangsvollstreckung erst beginnen darf, nachdem von derselben die vorgelegte Militärbehörde Anzeige erhalten hat. Diese Vorschriften haben in gegenwärtiger Zeit durch die Entdeckung zahlreicher Personen des Beurkundtenstandes und des Landsturms zum Heeresdienst eine erhöhte Bedeutung gewonnen und sind mit besonderer Sorgfalt zu beachten.

Aus aller Welt.

Kriegstwuher.

Aus Königsberg wird uns berichtet: Die Allensteiner Polizei entnahm aus Geschäften Proben von Kaffee-, Bunich- und Kakao-würfeln, Milch- und Teetabletten sowie Rum und Cognac in Tuben, die als Liebesgaben für die im Felde stehenden Krieger gekauft wurden. Das Untersuchungsamt in Insterburg, dem die Proben zur Verfügung gestellt wurden, stellte fest, daß es sich in allen Fällen um minderwertige Waren handelte und daß die Preise viel zu hoch seien. Die Lieferanten werden sich vor Gericht zu verantworten haben. In Betracht kommen Berliner Firmen.

Der Bürgermeister von Uetersen verhaftet.

Altonaer Meldung zufolge wurde der Bürgermeister Maus in Uetersen wegen des Verdachtes der Unterschlagung auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Altona in Haft genommen und dem Landgerichtsgefängnis Altona zugeführt.

Der gestrandete Dampfer.

Das Neuterfische Bureau meldet aus Madrid vom 29. März: Der englische Dampfer „Troisburg“, der bei Kap Spartel gestrandet ist, befindet sich in gefährlicher Lage. Die zu Hilfe geeilten Schiffe haben wegen Sturmes nach Gibraltar zurückkehren müssen. Einige Mann von der Besatzung befinden sich noch an Bord.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Mild, im Osten vorherrschend wollos und vereiselt; geringe Niederschläge; im Westen größtenteils heiter und trocken.

Billige

Frühjahrs-Schuhwaren

durch das bekannte Sparsystem im

Schuh-Vertriebs-Haus

Eingang
Neue König-
straße 47.
Kein Laden.

Alexanderplatz.

Eingang
Neue König-
straße 47.
Kein Laden.

Neue Königstr. 47, drittes Haus vom Alexanderplatz.

Neue Königstr. 47, drittes Haus vom Alexanderplatz.

Große Kassaeinkäufe bei den ersten Schuhwarenfabriken Deutschlands ermöglichen uns, noch ein Riesenslager bester Schuhwaren enorm billig zum Verkauf zu stellen.

Herrenstiefel, Chevrett, Derby und Lackkappe	nur 7.20
Herrenstiefel, Mastbox und Horsechevreau, äußerst stabil und elegant	10.90 8.95
Herrenstiefel, la Boxcalf od. la Chevreau, Goodyearwelt, feinste Verarbeitung, prächtige deutsche Bürgerformen 15,90, 13,95	12.75
Braune Herrenstiefel, solide Farbentöne, viele Formen, beste Ledersorten	10.45
Damenstiefel, Chromleder, sehr schick und haltbar	6.85
Damenstiefel, echt Chevreau, elegante Form, schönste Modelle	8.30
Damenstiefel, la Boxcalf oder Chevreau, Hand genäht, leicht und haltbar, neue deutsche Formen	12.85
Hübsche Halbschuhe, Feinleder, sehr beliebt und billig	7.20
Neue braune Damenstiefel u. Schuhe in echten Farben, sehr tragbar	12.70, 11.85
Entzückende Damen-Lackstiefel m. feinfarbigem Einseitigen, neue Schnitte, neue Formen, schönste Modelle äußerst billig.	
Kinderstiefel spottbillig:	
Echt Chevreau Größe 22/24 25/26 27/30 31/33	3.95 4.65 5.50 5.95
Braune Kinderstiefel, Glanzlege, orig. Naturform	3.45 3.95 5.95 6.45
Sandalen spottbillig, nur solange aller Vorrat reicht:	
aus starkem Rindleder Größe 22/24 25/26 27/30 31/33 32/34 33/35	2.15 2.75 3.35 3.85 4.45 5.15
aus weichem Rindleder, Hand genäht Größe 22/24 25/26 27/30 31/33 32/34	2.95 3.60 4.25 4.75 5.10

Eingang Neue Königstr. 47, drittes Haus vom Alexanderplatz.

MÖBEL

In grosser Auswahl bei billigster Preisstellung

Komplette Wohnungs-Einrichtungen in jeder gewünschten Stylart erhält man trotz der allgemeinen grossen Teuerung.

ohne Preis-Aufschlag! **auf Teilzahlung** ohne Preis-Aufschlag!

bei Brunnenstrasse 1 Frankfurt, Allee 350 Kottbuser Damm 103 Charlottenb., Scharrenst. 5 Ecke Wilmerdorfer Strasse

KREDIT-FEDER

In gesonderten Abteilungen:

Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe

Herren-Anzüge, Paletots, Hosen, Westen, Damen-Kostüme, Kleider, Mäntel, Blusen.

Covercoat-Paletots, moderne Röcke

Damenhüte, Wäsche, Schuhwaren

Frühjahrs-Neuheiten

in erstklassiger Damen-Konfektion

Kostüme aus Twill, Cotell, Garbadin in allen Geschmacksrichtungen. 10.10 24.— 32.75 49.—

Solide Frauenmäntel und Jacketts 13.75 17.50 24.— 35.—

Sportjacken und Paletots in den neuesten Farbentellungen. 5.50 12.75 19.— 26.—

Loden-Mäntel und Pelerinen 0.30 5.25 12.75 17.—

Kostümröcke und Blusen in nur frischen Fassons 2.90 4.50 9.75 14.—

Kinder- u. Backfisch-Konfektion in entzückenden Neuheiten.

Trotz der grossen Preissteigerungen in Stoffen etc. bin ich durch Selbstfabrikation in eigenen Werkstätten in der Lage, meiner Kundschaft Jollegenheit zu bieten, ihren Bedarf zu billigsten Preisen zu decken!

Oskar Wollburg

56-58 Brunnenstr. 56-57

Doppelrock 7.50 Kostüm 19.75